März 1921.

ater

März

enne
henfels
agskünstlerin

ngen.

elene
ander
agskünstlerin

gen Eintritt frei.
MM.

TABAK-WAREN
CIGARREN CIGARETTEN
GROSSHANDEL
H. RICHTER
BOCHUM
Fernruf 1280.

rig. Wills Goldflake
wieder eingetroffen.
Lager:
orstenerstr. 55, 3. Etg.
im Hause Kaffee Fuchs.

Verlobungs-Ringe
Alpaka-Taschen
Große Auswahl
Billig
oldschmied Langen,
umbo'dtstr. 27, Tel. 2403
Besicht gen Sie meine
Schaufenster

Bettfedern
Halbdaunen - Daunen
je nach Qualität 16.50, 19.50, 24.50, 29.50, 34.50, 39.50 bis 150.— Mk. per Pfund. Nur beste, auserlesene staubfreie Qualitäten.
Daunen - Köper
echt rot, pr. Qualität, federdicht,
84 130 150 cm br.
v. 39.50 59.50 69.50 an
Oberbetten 285, 350. 425, 650 M.
Unterbetten 245, 325, 375, 550 M.
Kissen 79,50 95, 125 bis 260 M.
Bei Nichtgefallen Geld zurück. Katalog frei. Viele Dankschreiben. Porto u. Verpackung gratis.
Betten - Bettfedern
Engros - Detail - Versand.
A. & M. Frankrone
Cassel 36.

Institut Boltz Ilmenau, Thür. Eink.-Abkür

Donnerstag, den 17. März 1921.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

93. Jahrgang. — Nr. 64.

Bezugspreis: In Bochum und Umgebung monatlich 5.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., monatlich 6.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. - Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. - Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum
Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 123. — Postscheckkonto Cöln Nr. 41494.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3873.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 40 Pfg., Familienanzeigen 30 Pfg., Stellengesuche 25 Pfg., außerhalb 40 Pfg. für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 1.75 Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr 25 Mk. das Tausend. Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Die oberschlesische Volks-Abstimmung.

Wtb. **Breslau**, 15. März. Die Zentralstelle für die technische Durchführung der oberschlesischen Volksabstimmung teilt mit:

Auch auf die heute reibungslos und ohne Zwischenfälle verlaufenen Transporte kann der deutsche Schutzbund mit Zufriedenheit und Genugtuung zurückblicken. Die Sonderzüge waren in einzelnen Fällen schon heute so stark besetzt, daß ein Teil der Stimmberechtigten mit Zügen des öffentlichen Verkehrs nachgeführt oder neue Wagen an die Sonderzüge angehängt werden mußten. Auch mit den fahrplanmäßigen und Personenzügen begibt sich täglich eine stattliche Anzahl von Abstimmungsberechtigten in die Heimat. Da die interalliierte Kommission auf den Bahnsteigen den Helferdienst verboten hat, werden diejenigen Abstimmungsberechtigten, die nur wenig Gepäck mit sich führen, gebeten, anderen Reisenden beim Hinuntertragen des Handgepäcks bis zur Bahnhofshalle, wo der Helferdienst einsetzt, namentlich aber Frauen und Kranken, behilflich sein zu wollen.

*

Wtb. **Wien**, 16. März. Gestern nachmittag traten in zwei Sonderzügen etwa 1400 heimattreue Oberschlesier aus Oesterreich und Ungarn die Fahrt ins Abstimmungsgebiet an. Zum Abschied auf dem Bahnhofe hatte sich auch der deutsche Gesandte von Rosenberg eingefunden, der eine Ansprache an die Abreisenden richtete, in der er u. a. sagte: Der 20. März ist ein Tag von schicksalsschwerer, geschichtlicher Bedeutung für die Zukunft Deutschlands. Er soll darüber entscheiden, ob Oberschlesien, seit Jahrhunderten mit Deutschland verbunden, auf das innigste mit Deutschlands Wirtschaft, Kultur und Geistesleben verwachsen, ob dieser uns allen teure Boden deutsch bleiben soll oder nicht. Ihr Erscheinen zu Hause wird den Brüdern und Schwestern zeigen, daß sie in ihrem Kampfe um die Zugehörigkeit zum deutschen Vaterland nicht allein stehen. Nicht nur durch die Zahl ihrer Stimmen, auch durch den Geist treuer Anhänglichkeit werden Sie der Heimat wertvolle Kraft zuführen, werden Sie dazu beitragen, daß unser gutes Recht Recht bleibt und den Sieg erringt.

70 000 Abstimmungsberechtigte eingetroffen

D. **Kattowitz**, 15. März. Wie eine Berechnung der in den einzelnen Orten untergebrachten auswärtigen Abstimmungsberechtigten ergibt, sind bereits jetzt rund 70 000 Abstimmungsgäste eingetroffen. Der weitaus größte Teil folgt erst im Laufe der Woche. Die Stimmung ist glänzend und an einem deutschen Abstimmungssieg wird nicht gezweifelt.

Die neuen Zollmaßnahmen.

Genf, 16. März. Die neuen Zollmaßnahmen im Rheinlande sollen nach Berichten der Pariser Presse am 15. März in Kraft treten. Nach dem Beschluß des Obersten Rates wird die Zollgrenze mit der gegenwärtigen Besetzungsgrenze zusammenfallen. Es werden 150 alliierte Zollstationen errichtet werden, deren Aufgabe es jedoch lediglich sein wird, den Schmuggel zu verhindern und den Warenverkehr den deutschen Zollposten zuzuleiten. Die gegenwärtig bestehenden 29 deutschen Zollstationen in den hauptsächlichsten rheinischen Städten sollen durch weitere 20 vermehrt werden. Wie bereits gemeldet, wird die Ausfuhr aus dem Rheinlande nur einem geringen Zoll unterworfen werden. Dagegen sollen die aus Deutschland in die Rheinlande eingeführten Waren dem deutschen Zolltarif unterliegen, der in drei Staffeln zur Anwendung gebracht werden soll. Zunächst sollen 25 v. H. und nach Ablauf einiger Monate 100 v. H. der deutschen Tarifsätze erhoben werden. Durch dieses allmähliche Vorgehen will man nach Möglichkeit eine Schädigung des rheinischen Wirtschaftslebens vermeiden. Das Ergebnis dieser neuen Zollsätze zusammen mit der Beschlagnahme der Zölle an der französisch-belgischen Grenze wird nach dem „Matin" auf jährlich 125 bis 150 Millionen Goldmark geschätzt. Da diese Summe als zu gering betrachtet wird, bestehen, wie bereits gemeldet, Tendenzen, auch andere öffentliche Einkünfte des Rheinlandes zu ergreifen, wodurch angeblich ein Betrag von 450 bis 500 Millionen Goldmark jährlich der Wiederherstellungskasse zugeführt werden könnte. Besondere Wirkung verspricht man sich von der Besetzung der Ruhrhäfen, da die durch Duisburg und Ruhrort gehenden Kohlenmengen auf jährlich 25 Millionen Tonnen geschätzt werden. Entweder diese Transporte werden fortgesetzt und die Alliierten haben es dann in der Hand, über diese Kohlen nach Belieben zu verfügen, oder die Transporte werden unterbrochen und dann muß, wenn die Hoffnungen der Alliierten in Erfüllung gehen, eine allgemeine Verstopfung des deutschen Kohlenbergbaues eintreten. Ueber alle diese Fragen hat Lloyd George im Namen des Obersten Rates der Interalliierten Wirtschaftskommission in den Rheinlanden sehr eingehende Instruktionen zukommen lassen.

Parlamentarisches.

Wtb. **Berlin**, 16. März. Im Steuerausschuß des Reichstages wurde ein Antrag ten Hompel (Ztr.) angenommen, der den Zweck hat, Aufwendungen für Klein-Wohnungsbauten steuerlich zu begünstigen. Die über den Dauerwert hinausgehenden Mehrausgaben sollen für das Steuerjahr, in dem sie gemacht sind bei der Veranlagung in Abrechnung gebracht werden können.

Das amtliche Material über die Ursachen des Weltkrieges.

D. **Berlin**, 15. März. Wie der Dammertdienst von unterrichteter Seite erfährt, ist die Sichtung und Zusammenstellung der Akten des Auswärtigen Amtes zu den Ursachen des Weltkrieges nach mehr als einjähriger Arbeit abgeschlossen; die Drucklegung der ersten Bände, die im wesentlichen den Zeitraum von 1873 bis 1901 umfassen, ist im Gang; mit dem Erscheinen des Gesamtwerkes von voraussichtlich 15 Bänden ist im Laufe des Jahres sicher zu rechnen. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, die in vier Bänden von Schücking und Graf Montgelas auf Grund der Kautsky'schen Sammlung vor Jahresfrist erschienen, beginnen bekanntlich mit dem Mord in Serajewo. Dem Kabinett, das den Auftrag zur Veröffentlichung erteilte, war schon damals klar, daß dieser willkürliche Einschnitt in den zusammenhängenden Lauf der Ereignisse nicht endgültig sein könne. So wurde zunächst als Mitverfasser des in Versailles überreichten Deutschen Weißbuches über die Schuld am Kriege und genauer Kenner der englischen Politik Professor A. Mendelssohn-Bartholdy mit der Auswahl der zu veröffentlichenden Akten aus der älteren Zeit betraut, ihm traten im Frühjahr 1920 Dr. Johannes Lepsius und Dr. Friedrich Thimme zur Seite, deren wissenschaftliches und persönliches Ansehen dem deutschen Volke und über die Grenzen hinaus dem nach der Wahrheit verlangenden Ausland für die Gewissenhaftigkeit und Rechtlichkeit dieser gewaltigen Arbeit bürgt. Die Veröffentlichung läßt, abgesehen von den notwendigen kurzen Anmerkungen, die Urkunden, deren sie über 1000 enthalten wird, selbst sprechen; sie gewährt jedem daher einen vollkommenen Einblick in die auswärtige Politik der Großstaaten während des Wilhelminischen Zeitalters. Der gleichmäßige Anteil der auswärtigen Aemter an der zuletzt unlösbar gewordenen Gleichgewichtspolitik der Großmächte tritt deutlich hervor; eine Fülle von neuen Aufschlüssen wird selbst über die meisterörterten Fragen der Dreibundpolitik, der Flottenrivalität, des Marokkokonflikts gegeben. Die vollkommene Offenheit, mit der die Akten des Auswärtigen Amtes dem Urteil der Welt vorgelegt werden, wirkt wie eine große Befreiung. Wir glauben nicht, daß die Weigerungen der anderen Großmächte, sich der Forderung nach gleicher Oeffnung ihrer Geheimarchive werden entziehen können. Aber selbst, wenn sie es versuchen sollten, werden durch die deutsche Veröffentlichung, mit der wir in der schwersten Lage mutig hervortreten, die vielen Halbwahrheiten und Lügen zerstreut werden, die in den Anklageschriften des feindlichen Auslands über die Schuld Deutschlands am Kriege aufgestellt worden sind. Die Geschichtswissenschaft wird wie der gesunde Menschenverstand das Urteil gegen die Säumigen fällen, die ihre Beweise zurückhalten. Der Streit über die Kriegsursachen wird zur letzten Entscheidung reif.

Etatberatung im Reichstagshauptausschuß

Keine Erhöhung der Brotpreise.

Berlin, 15. März. Der Hauptausschuß des Reichstages beriet zunächst den Etat des Reichswehrministeriums. Im Marineetat strich der Ausschuß von dem 2. Teilbetrage von 25 Millionen Mark für den Bau eines Kreuzers 15 Millionen Mark weil der erste Teilbetrag von allenfalls 25 Millionen Mark noch nicht ausgegeben sei. Reichswehrminister Dr. Geßler erklärte sich mit dieser Streichung einverstanden. Der Ausschuß genehmigte sodann den gesamten Haushaltsplan des Reichswehrministeriums.

Bei der nun folgenden Behandlung des Etats des Reichsernährungsministeriums erklärte auf Anfrage von Dr. Hertz (USP.), Reichsernährungsminister Hermes, er halte nach wie vor an seiner Erklärung fest, daß im laufenden Wirtschaftsjahr der Mehlpreis der Reichsgetreidestelle nicht erhöht werde. Im übrigen stehe er auf dem Standpunkt, daß bei der Festsetzung der Getreidepreise die Produktionskosten der Landwirtschaft gedeckt werden müßten. Die Forderung des Reichsfinanzministers nach einem Abbau der Verbilligungsaktion für Brotgetreide müsse er als berechtigt anerkennen. Dieser Abbau müsse jedoch vorsichtig nach und nach planvoll gestaltet werden, um größere Erschütterungen zu vermeiden. Ob und in welchem Umfange ein solcher Abbau der Verbilligungsaktion eine Erhöhung des Mehlpreises bedinge, lasse sich jetzt noch nicht feststellen. Er halte es für eine seiner wichtigsten Aufgaben, dafür zu sorgen, daß die Belastung der Verbraucherschaft durch die Lebensmittelpreise erträglich bleibe und er nehme für sich in Anspruch, daß nach diesen Grundsatz im Laufe seiner Amtsführung stets nachdrücklich verfahren worden sei. Der Ausschuß genehmigte dann den Haushaltsplan des Reichsernährungsministeriums sowie nach kurzer Beratung den Etat des Reichsministeriums, des Reichskanzlers, der Reichskanzlei, des Rechnungshofes des deutschen Reiches, des Reichsfinanzministeriums, der Reichsfinanzverwaltung und den Haushaltsplan zur Ausführung des Friedensvertrages. Weiterberatung morgen.

Aus der Sitzung des Reichsrats.

Wtb. **Berlin**, 15. März. Der Reichsrat stimmte in seiner heutigen Plenarsitzung dem Reederei-Abfindungsgesetz nach dessen Annahme durch den Reichstag zu und beschäftigte sich dann mit der Verteilung des Fonds von 300 000 Mk., der auf Grund des § 50 des Weinsteuergesetzes aus den Weinsteuererträgen zur wissenschaftlichen Förderung der den Weinbau und die Weinbehandlung betreffenden Fragen bestimmt ist. Für die Zukunft soll der Verteilungsplan von einer gemischten Kommission aus Vertretern des Wirtschaftsministeriums, des Ernährungs- und Finanzministeriums sowie den weinbautreibenden Ländern vorgeschlagen und vom Reichsrat endgültig festgestellt werden. Außerdem soll der Fonds entsprechend der Steigerung der Weinsteuererträge von 100 auf 600 Millionen Mark und von 300 000 auf 1½ Millionen Mark erhöht werden. Der Reichsrat stimmte den Ausschußvorschlägen zu.

Anbezug auf die Bildung der Kommission zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsverwaltung ist der Ausschuß des Reichsrats nicht damit einverstanden, daß die Kommission aus vier Vertretern der Reichsregierung, acht Vertretern des Reichstags und sechs Vertretern des Reichsrats zusammengesetzt wird, sondern verlangt auch acht Vertreter des Reichsrats. Die Ausschußvorschläge werden gegen die Stimmen Bayerns angenommen. Dem Gesetzentwurf zur Durchführung der Artikel 169, 192, 202 und 238 des Friedensvertrages stimmte der Reichsrat in der Fassung zu, die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zur Durchführung zur Rücklieferung der in Artikel 169, 192, 202 und 238 des Friedensvertrages bestimmten Gegenstände zu treffen.

Ergänzungshaushalt der Eisenbahnen.

Berlin, 15. März. Zum Entwurf des Haushalts der Reichseisenbahnen für das Rechnungsjahr 1921 wird dem Reichstag ein Ergänzungsetat zugehen, durch den der Reichszuschuß zur Deckung der Mehrausgaben im außerordentlichen Haushaltauf 5646 Millionen festgestellt wird. Außerdem wird im ordentlichen Haushalt ein Zuschuß von 3578 Millionen zu leisten sein. Diesen Riesenziffern gegenüber ist zu bemerken, daß im Vergleich zu den Bewilligungen für 1920 die Forderungen beim außerordentlichen Haushalt zwar um 1983 Millionen höher eingesetzt werden mußten, hingegen im Ordinarium 10 821 Millionen weniger veranschlagt sind, so daß als Schlußeffekt der Gesamtzuschuß um 7159 Millionen hinter dem Vorjahre zurückbleibt.

Eine plumpe Erfindung.

Wtb. **Berlin**, 15. März. Der Observer läßt sich aus Paris mitteilen, der Gedanke der Zwangsanwendung gegen Deutschland sei von deutscher Seite ausgegangen, und zwar hätte der Staatssekretär Bergmann zu Seydoux gesagt, das keinerlei Uebereinkommen, mit Deutschland ohne Anwendung eines Druckes zu erreichen wäre. Bergmann hätte sogar einen Wink gegeben, daß ein solcher Druck willkommen wäre. Zu dieser Behauptung stellen wir fest, daß sie erfunden ist.

Der westf. Provinziallandtag.

Münster, 15. März. Als erster Punkt auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand die Wahl des Staatsrates. Eingegangen sind vier Wahlvorschläge, die Unabhängigen haben ihren Vorschlag zurückgezogen. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettelabgabe bei Namensaufruf. Abgegeben werden 134 Stimmen. Das Haus ist vollzählig vertreten. Es entfallen auf das Zentrum 52, Deutsche Vereinigung 29, Mehrheitssozialisten 39, Kommunisten 14 Stimmen. Von den 9 Sitzen im Staatsrat fallen also 3 dem Zentrum, 2 der Deutschen Vereinigung, 2 den Sozialdemokraten und 1 den Kommunisten zu. Ueber den neunten Sitz entscheidet das Los zwischen den Sozialdemokraten und dem Zentrum, da sich beim Dividieren der Stimmenzahl durch 4 bezw. 3 die Zahl 13 ergibt. Das Los entscheidet für das Zentrum, das damit den 4. Sitz erhält.

Gewählt sind also:

Von der Deutschen Vereinigung: Geh. Baurat Beukenberg-Hörde (D. V.); Landrat Schulze-Pelkum Hamm (D. V.); als Vertreter: Justizrat Windhorst; Gewerkschaftssekretär Haas, Siegen.

Vom Zentrum: Landeshauptmann Dickmann, Münster; Stadtrat Anton Gilsing, Bochum; Stadtrat Dr. Wilhelm Kayser, Dortmund; Rittergutsbesitzer Frhr. v. Der. Egelborg; als Stellvertreter: Rechtsanwalt Dr. Reineke, Münster; Arbeitersekretär Isenrath, Hamm; Frau Helene Drießen, Bocholt; Ehrenamtmann Schoenkaes, Altenhorst.

Von den Sozialdemokraten: Staatskommissar Mehlich, Dortmund; Stadtrat Sch. eck, Bielefeld; als Stellvertreter: Oberregierungsrat Dr. Carl Vorländer, Münster; Rechtsanwalt Dr. Rawitzki, Bochum.

Von den Kommunisten: Pflegehausverwalter Konrad Herbst Siegen; als Stellvertreter Steiger Friedrich Nölle Lünen.

180 Milliarden Goldmark.

Am 1. Mai soll nach dem Wortlaut des Friedensvertrages die Kriegskostenentschädigung, die Deutschland seinen Feinden zu zahlen hat, endgültig festgelegt sein und zwar offiziell von der Reparationskommission nach Anhörung Deutschlands. Von diesem ursprünglich vorgesehenen Weg, der wohl auch den Herren in Paris und London nicht recht gangbar erschien, ist man späterhin abgewichen und hat bei den verschiedenen Konferenzen der Entente allein — so in Boulogne und Paris, aber auch bei den Sachverständigen-Beratungen in Brüssel versucht, durch gegenseitige Verständigung zum Ziele zu kommen. Wie diese Verständigung nach der Meinung der Herren Briand und Lloyd George aussieht, das hat uns inzwischen die uns präsentierte Rechnung von fast 250 Milliarden gezeigt. Das hat uns auch die kühle Aufnahme gezeigt, die unser eigenes Angebot in London fand. Jetzt, nachdem Herr Simons von seiner gescheiterten Londoner Mission nach Hause zurückgekehrt ist, entsinnt sich die Entente, daß sie ja noch ein zweites Eisen im Feuer habe und schickt uns eine Aufstellung der Forderungen, die sie von Deutschland einzukassieren gedenkt. Da marschieren hintereinander auf: Frankreich, England, Italien, Japan, Belgien, Bolivien, Brasilien, Kuba, Griechenland, Haiti, Liberia, sogar Peru und Polen. Auch Rumänien, Siam, die Tschecho-Slowakei und die Serbo-Kroaten. Allen voran selbstverständlich Frankreich mit dem bescheidenen Betrag von 218½ Milliarden Papierfranken. Rumänien möchte 30 Milliarden Franken haben — also offenbar mehr, als sein gesamtes Volksvermögen vor dem Kriege betrug, und auch die anderen Staaten sind von ähnlicher Bescheidenheit, wenn auch nicht alle ganz soweit gehen wie die Tschecho-Slowakei, die von uns Schadenersatz für den Einfall ungarischer Bolschewisten — der Himmel mag wissen, wieso Deutschland dafür verantwortlich sein soll! — in Höhe von einer halben Milliarde verlangt. Bringt man diese Rechnung, die in Franken, Dollar, Sterling, kurz so schließlich in sämtlichen Währungen der Welt aufgestellt ist, auf einen Generalnenner, so ergibt sich ein Schlußkonto von netto 180 Milliarden Goldmark. Das klingt im Vergleich zu der Pariser Forderung billig, aber es muß dabei berücksichtigt werden, daß das Pariser Diktat das Ergebnis von 42 Jahreszahlungen bedeutet und, wie Herr Simons das in London vorgerechnet hat, auf den gegenwärtigen Wert zurückgeschraubt, „nur" 50 Milliarden verlangt, also knapp ein Drittel dessen, was man sich hier zusammengerechnet hat. Woraus denn in der Welt der Eindruck erweckt werden soll, wie lächerlich bescheiden die Entente im Grunde noch ist, wenn sie anstatt der 180 Milliarden, auf die sie einen Anspruch hat, sich mit einigen 50 Milliarden begnügen will.

Mit diesem Anspruch ist das freilich nun so eine etgene Sache. Die feindlichen Regierungen haben sich ihre Aufgabe sehr leicht gemacht. Sie haben auf ihrem bürokratischen Instanzenzuge die Schäden, die angeblich von den bösen Deutschen angerichtet sein sollen, mitteilen und von den Geschädigten selbst schätzen lassen. Welche Verschiebungen im Werte allein dadurch entstanden sind, darüber braucht man sich nicht weiter zu unterhalten. Es ist nur zu selbstverständlich, daß sich der Geschädigte den Grundsatz: „Deutschland zahlt alles", möglichst umfassend zunutze macht und aus seinem Unglück eine Rente machen möchte, die ihm auf Deutschlands Kosten einen behaglichen Lebensabend sichert. Man muß uns aber für reichlich naiv halten, wenn man ernsthaft glaubt, daß wir diese Rechnung nun einfach anerkennen und auf jede Nachprüfung verzichten würden. Zumal die Franzosen werden uns schon gestatten müssen, daß wir den Posten von 135 Milliarden, den sie für Sachschäden angeben, ebenso genau ansehen, wie den Betrag von 60 Milliarden für Kriegspensionen. Dazu bedarf es einer genauen Nachprüfung, die voraussichtlich Monate in Anspruch nimmt. Denn so hat sich wahrscheinlich selbst Herr Clemenceau die Sache nicht vorgestellt, daß die Entente fast zwei Jahre lang braucht, bis sie die einzelnen Rechnungen glücklich beisammen hat und dann in nicht einmal zwei Monaten der Rest des Verfahrens erledigt werden soll, wobei für Deutschland zur Nachprüfung gerade die Frist von zwei Wochen übrig bleiben würde. Wir können uns vielmehr nur auf den Standpunkt stellen, daß es nicht unsere Schuld ist, wenn die Entente die Schadenersatzrechnungen so spät vorlegt und daß nun eben der im Friedensvertrag vorgesehene Termin entsprechend hinausgeschoben werden muß.

Allerdings hat die deutsche Politik sich ihre Lage dadurch verschlechtert, daß sie sich überhaupt auf die Debatte über die Kriegsentschädigungen einließ, bevor uns diese Rechnung vorgelegt war. Denn jetzt wird uns die Entente immer vorhalten können, daß wir bereit gewesen waren, über unsere Verpflichtungen zu unterhandeln, ohne Kenntnis der einzelnen Schadensansprüche, daß wir es aber jetzt nicht plötzlich so genau nehmen dürften. Und um uns noch weiter in die Enge zu treiben, meldet sich gleichzeitig der Reparationsausschuß, um auf Grund des Artikels 235 des Friedensvertrages die Forderung zu erheben, daß Deutschland bis zum 1. Mai 20 Milliarden Goldmark bezahlen müsse. Wir haben den Herren oft genug vorgerechnet, daß unsere Leistungen weit über den Betrag von 20 Milliarden hinaus gehen — allein unsere Handelsflotte ist dabei mit 9 Milliarden einzustellen, dazu kommen die Saar-Bergwerke, die Kriegsmaterialien und alles, was man uns herausgepreßt hat — aber ihnen scheint das nur gut für den Papierkorb zu sein. Sie dekretieren einfach, daß sie nur die Hälfte des vollen Wertes einsetzen und den Betrag für die Besatzungskosten beanspruchen, sodaß noch ein gewaltiges Loch bleibt, das wir jetzt plötzlich zu stopfen haben. Die Taktik, die von London verfolgt wird, hebt sich jetzt klarer ab: Die ersten „Sanktionen" wurden durchgeführt wegen angeblicher Vertragsverletzungen in Sachen der Kriegsbeschuldigten und der Entwaffnung, andere sollen ihnen folgen, und dafür wird jetzt bis zum 1. Mai der Rechtsboden präpariert. Die Daumschrauben gegen das wehrlose Deutschland werden straffer angezogen. Frankreich spitzt sich auf das Ruhrgebiet und England glaubt dabei auch einen Vorteil zu finden, wenn es den deutschen Handel endgültig zerschlägt. Die deutsche Regierung hat in einem feierlichen Protest an den Völkerbund Rechtsverwahrung eingelegt gegen ein Verfahren, das jedem internationalen Brauch Hohn spricht. Und der Völkerbund wird jetzt Gelegenheit haben, zu beweisen, ob er es mit seiner hohen Aufgabe ernst meint, oder ob er als willenloser Sklave der Entente ruhig zusehen will, wie er zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln mißbraucht wird.

Der Haushalt des Innern im Reichstage

Ersatz der Kosten der rheinisch-westfälischen Gemeinden für die Ortswehren und Unterbringung der Roten Armee beim Kapp-Putsch.

(86. Sitzung.)

Berlin, 16. März.

Die Beratung des

Haushaltes des Ministeriums des Innern

wird fortgesetzt.

Abg. **Mumm** (Dnat.) begründet einen Antrag Arnstadt, den Etat herabzusetzen. Es soll damit gewissermaßen ein Mißtrauensvotum ausgesprochen werden.

Reichsminister **Koch** gibt zu, daß es höchst wichtig sei, das Filmwesen vom sittlichen Standpunkt aus zu verbessern. Andererseits soll aber ein Zuviel der polizeilichen Einengung vermieden werden. Zu einem Obergeschmacksgericht für Deutschland soll sich die Präventivstelle nicht entwickeln.

Abg. **Schreiber** (Ztr.) beantragt, alle Anträge in Sachen der

Kadettenanstalten

dem Bildungsausschuß zu überweisen.

Abg. **Löwenstein** (U.) stimmt dem zu, geht dann aber zu einer eingehenden Besprechung des Bankrottes über, den die Bestimmung des preußischen Kultusministeriums mit der Kadettenanstalt in Lichterfelde erlitten habe, und bedauert, daß der Reichstag keine Gelegenheit gehabt habe, in dieser Angelegenheit einzugreifen. Der Reichstag habe nach wie vor die Kompetenz. Für die Kreise, die zum Teil recht bemittelt seien, können nicht noch mehrere Millionen hinausgeworfen werden. Der Besuch dieser Anstalten müsse daher auf die Minderbemittelten beschränkt bleiben. Außerdem müsse alles vermieden bezw. beseitigt werden, was zu einer Konservierung monarchistischer Anschauungen dienen könnte. Als Redner vom Maulheldentum deutschnationaler Oberlehrer spricht, kommt es zu stürmischen Unterbrechungen und Zwischenrufen.

Abg. **Schreiber** (Ztr.): Die Anstalten müssen im Zeichen sozialen Friedens stehen, sie müssen daher Bemittelten und Unbemittelten in gleicher Weise offen stehen. Andererseits müssen auch die Väter, die ihre Kinder in die Internate schicken, ein Mitbestimmungsrecht haben.

Abg. **Betermann** (D. Vp.) warnt davor, das Gute, was den Kadettenanstalten innewohne, mit der Wurzel auszurotten. Was sich bewährt habe, müsse bestehen bleiben.

Staatssekretär **Schulz**: Der Friedensvertrag verlangt die Aufhebung der Kadettenanstalten. Somit bleibt nur Abbau oder Umgestaltung. Bayern und Sachsen erklärten sich zum Abbau bereit. Mit Preußen schweben noch die Verhandlungen, sodaß wir uns zurzeit in einem Zustande des Provisoriums befinden. Für den gegenwärtigen Zustand trägt niemand die Verantwortung. Es wird notwendig sein, im Ausschuß zu einer Einigung zu gelangen.

Abstimmungen.

Der Antrag Schreiber auf Ueberweisung aller Anträge über die Kadettenanstalten an den Bildungsausschuß wird einstimmig angenommen.

Sodann wird in namentlicher Abstimmung der Antrag Everding auf Vorlage eines Gesetzentwurfes, wonach nicht die Anmeldung zum Religionsunterricht zu erfolgen habe, sondern die Abmeldung vom Religionsunterricht in den Fällen, wo eine Nichtteilnahme gewünscht wird, mit 205 gegen 150 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Der Antrag über die Bildung eines Sparsamkeitsausschusses wird mit der Maßgabe angenommen, daß statt 4 jetzt 3 Mitglieder des Reichsrates an dem Ausschuß teilnehmen sollen.

Eine große Anzahl weiterer Anträge über Lehrerbesoldungswesen, pädagogische Auskunftsstelle, Bildung eines besonderen Bildungsausschusses, Information der Kinder über den Versailler Frieden wird angenommen.

Abgelehnt wird der von unabhängiger Seite gestellte Antrag über Kindergärten, angenommen der unabhängige Antrag über Berechtigungswesen mit 175 gegen 144 Stimmen.

Die Summe von 100 000 Mark für künstlerische Zwecke wird auf 5 Millionen erhöht.

Es wird nunmehr eine Reihe von Kapiteln des Haushalts genehmigt.

Zum Kapitel Reichsgesundheitsamt

bemerkt

Abg. Dr. **Moses** (U.), das physische Elend des Volkes infolge des Krieges schreie zum Himmel. Dabei kennen wir noch nicht einmal die Zahl der Opfer des Hungers, und schon vor 2½ Jahren wurde deren Zahl auf 800 000 angegeben. Ihre Zahl dürfte also ein bis zwei Millionen betragen haben. Mit den Kriegsopfern hat Deutschland also ca. sieben Millionen Menschen verloren. Wir müssen von der Regierung endlich einmal volle Klarheit verlangen über den Umfang der Kriegsopfer. Wir beantragen die Einrichtung eines besonderen Reichsgesundheitsministeriums. Leider steht Minister Koch dieser Forderung nicht sympathisch gegenüber, aber seine Argumente sind nicht durchschlagend. An die Spitze eines Gesundheitsministeriums gehört nicht ein Jurist, sondern ein Arzt.

Reichsminister des Innern Dr. **Koch**: Die wirklichen unmittelbaren Kriegsverluste sind beim Zentralnachweisbüro zu jeder Zeit zu erfahren. Es ist natürlich außerordentlich schwierig, im übrigen festzustellen, welche Todesfälle mittelbar auf die Kriegsfolgen zurückzuführen sind. Es wird immer vergessen, daß wir kein Einheitsstaat sind, und daß deshalb die ganze Exekutive im Gesundheitswesen bei den Ländern und Gemeinden liegt. Darum hat es auch keinen Zweck, ein Reichsgesundheitsministerium zu schaffen. Das Reich ist bei diesem Gesetz nur Gesetzgebungsmaschine, und in diesem Rahmen arbeitet das Reichsgesundheitsamt ganz vorzüglich.

Der Ausschußantrag, der eine Denkschrift über die Frage der Unterernährung verlangt, wird angenommen. Der Antrag auf Einrichtung eines Reichsgesundheitsamtes abgelehnt. Der Antrag Dransfeld über psychiatrische Fürsorge wird angenommen.

Es folgt das Kapitel

Reichswanderungsamt.

Abg. **Stücklen** (Soz.): Das Wanderungsamt scheint nur die Aufgabe zu haben, die Auswanderung zu verhindern.

Vizepräsident Dr. **Bell** teilt mit, daß noch immer 17 Redner sich zum Etat gemeldet haben, und daß trotz aller Mahnungen die Wortmeldungen sich immer mehr häufen.

Abg. **Brüninghaus** (D. V.) protestiert gegen die Auffassung der Gegner des Reichswanderungsamtes, als ob diese eine Sinekure sei.

Staatssekretär Dr. **Lewald**: Die Frage ist nur, soll für Erteilung amtlicher Auskünfte für Einwanderung und Auswanderung eine amtliche Stelle vorhanden sein oder nicht? Angesichts der Umwälzung der Gegenwart wird vielfach in Deutschland der Gedanke der Auswanderung erwogen. Es handelt sich also darum, die Leute aufzuklären und sie nicht auf dunkle Bahnen zu lenken. Die in Frage kommenden Persönlichkeiten sind zu der Ansicht von der Notwendigkeit eines eigenen Amtes für diesen Zweck gelangt, darum hat man die Beratungsstelle, die so lange im Auswärtigen Amt bestand, zu einem eigenen Amt ausgebaut.

Kapitel 11, betreffend Reichsauswanderungsamt, wird unverändert nach der Vorlage bewilligt, dazu eine Reihe von Entschließungen, die auf einen künftigen Abbau abzielen, angenommen.

Polizeischutz.

Abg. **Berndt** (D. N.) kritisiert die geringe Zuverlässigkeit der Schutzpolizei, die in der Bespitzelung der Vorgesetzten zum Ausdruck komme, und beschwer sich wegen des Verhaltens der Kieler Schutzpolizei, die an einem sozialdemokratischen Umzug teilgenommen habe. Schuld trage die parteipolitische Beeinflussung. Wir verlangen entschiedene Maßnahmen gegen die polizeilichen Wirtschaftsverbände, desgleichen gegen die sozialdemokratischen Zivilkommissare, welche ein Bindeglied zwischen der Arbeiterschaft und der Polizei darstellen. Die Polizei muß politisch unparteiisch sein. Am bedauerlichsten sei die politische Besetzung der Polizei. In Berlin seien z. B. 5000 Polizeibeamte sozialdemokratisch organisiert, das seien unhaltbare Zustände.

Reichsminister Dr. **Koch**: Wenn irgend etwas nicht gefällt, soll das Reich gegen die Einzelstaaten vorgehen. Umgekehrt wird oft von den Abgeordneten derselben Partei die Selbständigkeit der Länder gefordert. Ich kann unmöglich mit der preußischen Regierung in einen Schriftwechsel über gewisse Vorkommnisse bei der Polizei eintreten. Der preußische Minister des Innern hat schon im preußischen Landtag geantwortet und wird dies gewiß auch wieder tun. Auch in die Ernennung oder Absetzung einzelner Beamter kann ich mich unmöglich einmischen.

Abg. **Jäger**-Düsseldorf (Soz.) begründet einen Antrag der rheinisch-westfälischen Abgeordneten den rheinisch-westfälischen Gemeinden, die anläßlich der Wirren beim Kapp-Putsch entstandenen Kosten für die Ortswehren und die Unterbringung der Roten Armee aus Reichsmitteln zu ersetzen.

Abg. **Thomas** (Kommun.): Die Rechte möchte ganz Deutschland unter die bayerische Pickelhaube bringen. Die bayrische Polizei stellt die Kommunisten unter Ausnahmerechte.

Die Entschließung, die

Vergütung des den rheinisch-westfälischen Gemeinden anläßlich der Wirren beim Kapp-Putsch entstandenen Schadens

fordert, wird angenommen.

Es folgt das Kapitel:

Technische Nothilfe.

Abg. **Brey** (Soz.): Die technische Nothilfe ist bei den Arbeitern verhaßt, weil sie nur bei Arbeiterstreiks in Aktion tritt, während sie bei Aerztestreik oder Streiks der Milchlieferanten nicht die Lebensinteressen der Bevölkerung geschützt hat. Der Begriff „lebenswichtig" wird so weit gefaßt, daß alle wichtigen Industrien darunter fallen. Warum sind vor dem Abkommen der technischen Nothilfe mit der Post und der Eisenbahnverwaltung die zuständigen Gewerkschaften nicht gehört worden?

Reichsminister **Koch** beruft sich auf die Ausführungen von Severing und anderer sozialdemokratischer Minister, die die Notwendigkeit der technischen Nothilfe betont haben. (Abg. Adolf Hoffmann: Sie sind doch trotz des Streiks Minister geblieben!) Ich bin nicht nach Stuttgart gegangen, um zu streiken, sondern um dafür zu sorgen, daß Deutschland verfassungsmäßig regiert wird; wäre ich in Berlin geblieben, so wäre ich vielleicht zum unfreiwilligen Streik gezwungen worden. Wenn eine neue Regelung des Eingreifens der technischen Nothilfe noch nicht erfolgt ist, solange das an dem Widerspruch der Gewerkschaften scheitert. Ich hoffe, daß sich ein Ausschuß des Reichswirtschaftsrates mir nur als Beirat bei diesen neuen Ausführungen zur Verfügung gestellt wird. Nicht bürgerliche oder sozialdemokratische Gesinnung entscheidet in dieser Frage, sondern die Staatsgesinnung.

Abg. **Bernt** (D. N.): Die Sozialdemokraten könnten die technische Nothilfe sofort überflüssig machen, wenn sie darauf verzichten, das sogenannte Streikrecht mit terroristischen Akten zu mißbrauchen.

Abg. **Unterleitner** (USP.): Wir können die Ausführungen Breys unterschreiben, denn unter Schlicke und Noske haben die Rechtssozialisten diese Streikbrechermaßnahmen nicht bekämpft. Redner bringt eine Fülle von einzelnen Beschwerden gegen die technische Nothilfe vor und spricht nach 9 Uhr noch fort.

Nächste Sitzung: Donnerstag: Etat des Auswärtigen, des Reichskanzlers usw.

Die Postgebühren.

Berlin, 15. März. Im Postgebührenausschuß des Reichstags lagen zu den ersten beiden Paragraphen von allen Fraktionen Anträge vor. Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Bayrische Volkspartei und die Demokratische Partei verlangten die Einführung eines ermäßigten Portos für den Ortsverkehr. Die Regierungsvorlage schlägt für den Orts- und Fernverkehr für Briefe bis zu 20 Gramm 60 Pfg., von 20 bis 100 Gramm 1 Mk., von 100 bis 250 Gramm 1,50 Mk. vor. Die Deutschnationalen beantragten für den Ortsverkehr 30, 40 und 50 Pfg., für den Fernverkehr 50, 75 und 100 Pfg. Die Regierungsparteien beantragten für den Ortsverkehr 40, 50 und 60 Pfg., für den Fernverkehr 60, 80 und 120 Pfg. Für Postkarten wurden von allen Parteien 30 Pfg. im Ortsverkehr und 40 Pfg. im Fernverkehr beantragt, bei Drucksachen beantragten sämtliche Parteien die Einführung einer 20-Gramm-Drucksache mit dem bisherigen Porto von 20 Pfg. Die Deutschnationalen beantragten ferner ein weniger schroff aufsteigendes Drucksachenporto für Sendungen über 50 Gr. Für das Päckchen schlägt die Regierung eine Verdoppelung von 1 auf 2 Mk. vor, dafür wurde eine Ermäßigung auf 1,50 Mk. beantragt. Auch zu § 2 mit der Paketgebühr wurden Abänderungen beantragt. Die Vorlage sieht vor, für Pakete von 5 Kilogramm in der Nahzone (bis 75 Kilogramm) 3 Mk., in der Fernzone 4 Mk., für 5 bis 10 Kilogramm 6 und 8 Mk.; 10 bis 15 Kilogramm 12 und 16 Mk.; 15 bis 20 Kilogramm 18 und 24 Mk. Die Deutschnationalen beantragten in der Nahzone Sätze von 2, 4, 8, 12 Mk., in der Fernzone 3, 6, 12, 18 Mk. Die Demokratische Partei beantragt in der Nahzone 3, 5, 8, 12 Mk., in der Fernzone 4, 6, 9, 15 Mk. Die Deutsche Volkspartei schlägt für 5 Kilogramm in der Nahzone 3 Mk., in der Fernzone 5 Mk. vor und für jedes weitere Kilogramm je 1 Mk., sowohl in der Nahzone als auch in der Fernzone. Ein Antrag der Deutschnationalen wollte ferner die Nahzone auf 150 Kilometer ausdehnen. Im ganzen lagen 15 Anträge vor. Die Anträge, die im Ortsverkehr die Postkarte und den Brief bis zu 20 Gramm um 10 Pfg. verbilligen wollten, wurden angenommen, für Briefe im Fernverkehr bis zu 20 Gramm blieb es bei der Regierungsvorlage, also 60 Pfg., in den weiteren Stufen 80 Pfg. und 1,20 Mk. für Gewicht bis 100 bezw. 250 Gramm. Die Ansichtskarte wird zu einem ermäßigten Drucksachentarif befördert und kostet 10 Pfg., jedoch dürfen nur fünf Worte auf der Vorderseite angebracht sein. Drucksachen bis 25 Gramm kosten 10 Pfg., solche bis 50 Gramm 15 Pfg., bis 100 Gramm 30 Pfg., bis 250 Gramm 60 Pfg., bis 500 Gramm 80 Pfg., bis 1000 Gramm 1 Mk. Die Paketgebühren bleiben in der Höhe der Regierungsvorlage, wonach ein gewöhnliches Paket 3 Mk. in der Nahzone und 4 Mk. in der Fernzone kostet. Eine eingehende Erörterung verursachte sodann der Zeitungstarif. Dazu wurde folgender von den Demokraten und der Bayrischen Volkspartei unterstützter Antrag Dr. Fortmann (3.) eingebracht; die Beförderung gebühr beträgt für eine Zeitungsnummer im Durchschnittsgewicht bis 20 Gramm 2 Pfg., von 20 bis 35 Gr. 2½ Pfg., von 35 bis 50 Gramm 3 Pfg., bei höherem Gewicht wird für jede weitere 50 Gramm oder für einen Teil von 50 Gramm 1 Pfg. mehr erhoben. Wird mehr als ein Stück derselben Zeitung vom Postschalter abgeholt oder als Bahnhofsbrief versandt, so ist auf jedes Stück monatlich 8 Pfg. für jede sonst erfolgende wöchentliche Abtragung dem Empfänger oder bei dem Verleger eingehobenen Exemplaren diesem zu vergüten. Angenommen wurde ein Antrag, wonach für Zeitungspakete bis 5 Kilogramm im Nahverkehr eine Gebühr von 1,50 Mk. erhoben wird; desgleichen wurde nach einem Antrag der Deutschen Volkspartei und der Demokraten die Höchstgrenze bei Postanweisungen auf 2000 Mk. ausgedehnt gegenüber 1000 Mk. der Regierungsvorlage.

Kleine Nachrichten.

Wtb. **Berlin** 16. März. Wie die Deutsche Tageszeitung aus Weimar meldet, demonstrierten heute 2000 Arbeitslose vor dem Landtag. Arbeitslose die sich auf der Tribüne des Hauses befanden versuchten, durch Lärmen die Sitzung zu stören, sodaß die Landespolizei zu Hilfe gerufen werden mußte. Eine Abordnung von Arbeitslosen drang bis zum Staatsminister Baudert vor und bedrohte diesen. Zwischen Teilnehmern einer Protestversammlung auf dem Marktplatz gegen das Vorgehen der Entente und den Arbeitslosen-Demonstranten kam es zu einer Schlägerei, sodaß der Platz durch Polizei geräumt werden mußte.

Halle, 16. März. Nach einer Blättermeldung werden in einer Statistik des Amtsblattes der Eisenbahndirektion Erfurt im Jahre 1920 11 958 Diebstähle festgestellt. Von den Dieben und Hehlern wurden 895 ermittelt, davon 106 Beamte, 350 Arbeiter und 429 Privatpersonen.

Wtb. **Brüssel**, 15. März. Heute vormittag wurde bei der kommunistischen Zeitung: „Der Ausgebeutete" und bei der Sekretärin der kommunistischen Partei Belgiens eine Haussuchung vorgenommen. In der Zeitung wurden mehr als 40 000 Exemplare verschiedener Flugschriften, die nach Frankreich ohne Angabe des Druckers, Verlegers oder Verlages gehen sollten, beschlagnahmt. Bei der Sekretärin wurden u. a. die gesamten Akten der kommunistischen Partei Belgiens und eine umfangreiche Korrespondenz in russischer Sprache, deren Kopf auf französisch den Aufdruck führte: „Die Moskauer Sowjetpropaganda im Auslande" gefunden.

Wtb. **Paris**, 16. März. Figaro berichtet, daß fünf französische Parlamentarier unter Führung des Abg. Louis Aron nach Oberschlesien abreisen wollten, um die Ausführung der Volksabstimmung zu beobachten. Das Blatt teilt mit, es verlaute, daß Briand ihnen die Pässe verweigert habe. Havas jedoch meldet, daß die Abreise von Dienstag auf Donnerstag verschoben ist.

Wtb. **Paris**, 16. März. Die Nordbahn setzte gestern nachmittag 5,50 Uhr zum ersten Male seit dem 30. Juli 1914 den Schnellzug Paris—Berlin—Warschau ein.

Wtb. **London**, 15. März. Die Ausgaben für die Marine im Jahre 21/22 belaufen sich auf ungefähr 91 Millionen Pfund Sterling brutto und 82½ Pfund netto. Für das Budgetjahr 1920/21 betrug die Summe 105 bezw. 91 Millionen Pfund.

Wtb. **Washington**, 15. März. Senator Lodge kündigt die Einberufung des Kongresses für den 11. 4. zu einer außerordentlichen Tagung an.

Soziales Leben.

Die geplante Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung

wird seitens der Lebensversicherungsunternehmungen wiederum zu einer lebhaften Agitation für den Abschluß von Lebensversicherungsverträgen ausgenutzt. Durch ganz einseitige Schilderungen der Vorteile der Lebensversicherung und der angeblichen Nachteile der Angestelltenversicherung wird Beunruhigung in die Reihen der Angestellten getragen und das Ansehen der Angestelltenversicherung schwer und gänzlich ungerechtfertigt geschädigt. Aber auch dem Einzelnen drohen durch die oft recht wahllose Verbearbeit der Lebensversicherungsunternehmungen empfindliche Schädigungen. Wie die Erfahrung gelegentlich der Bearbeitung der anläßlich der letzten Erweiterung der Versicherungspflichtgrenze auf 15 000 M. gestellten Befreiungsanträge von der eigenen Beitragsleistung gezeigt hat, hat sich eine große Anzahl von Angestellten bewegen lassen, Versicherungsbeiträge abzuschließen, obwohl diese Versicherungen nach Lage des Gesetzes keine Befreiung von der eigenen Beitragsleistung erwirken konnten. Insbesondere waren dies Angestellte, die schon vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 31. Mai 1920 versicherungspflichtig gewesen und es ohne Unterbrechung geblieben sind. Sie sind dann mit der Beitragsleistung zur Angestelltenversicherung und zur Lebensversicherung belastet, können in den meisten Fällen letztere nicht mehr aufrechterhalten und sind genötigt, sie unter finanziellen Einbußen aufzugeben oder herabzusetzen. Ferner wird häufig die Beobachtung gemacht, daß Angestellte, die bereits von der eigenen Beitragsleistung befreit sind, von den Lebensversicherungsunternehmungen veranlaßt werden, zu ihren diese erste Befreiung begründenden Lebensversicherungsverträgen Nachversicherungen abzuschließen mit der Angabe, daß nach Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze der für die Privatversicherungen aufzuwendende Prämienbetrag den Angestelltenbeitragshälften entsprechen müsse, wie sie nach Inkrafttreten des geplanten Erweiterungsgesetzes nach den dann geltenden Beitragssätzen zu zahlen sein werden. Diese Angaben sind unrichtig. Die einmal ausgesprochene Befreiung von der eigenen Beitragsleistung wirkt solange, wie der sie begründende Lebensversicherungsvertrag unverändert in Kraft ist, ohne Rücksicht auf spätere Gehaltssteigerungen.

Wiederaufbau und Sozialversicherung.

In der kürzlich erschienenen Druckschrift des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann „Wiederaufbau und Sozialversicherung" findet sich auf Seite 58 die Bemerkung, gelegentlich der im April 1920 in Hannover stattgefundenen Tagung der Landesversicherungsanstalten sei erwähnt worden, die persönlichen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt betrügen nach Inkrafttreten der neuen Besoldungsordnung 60 Millionen Mark, was einem Drittel der gegenwärtigen Betriebseinnahmen entspreche. Diese Behauptungen sind in zweifacher Hinsicht unrichtig. Einmal betrugen die Einnahmen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte an Beiträgen im Jahre 1920 nicht 180 Millionen, sondern 419 Millionen. Ferner betrugen ihre persönlichen Verwaltungskosten unter Berücksichtigung der neuen Besoldungsordnung nicht 60 Millionen, sondern nur 45 Millionen. Demnach machen die persönlichen Verwaltungskosten nicht ein Drittel, sondern etwa ein Zehntel der Einnahmen aus Beiträgen aus. Daß die sachlichen Verwaltungskosten 11 Millionen betragen, mag der Vollständigkeit halber hinzugefügt werden.

Kunst und Wissen.

** **An der Universität Münster** sind die a. o. Professoren Dr. Heinrich Ley (Chemie), Abteilungsvorsteher am chemischen Institut, Dr. Aloys Bömer (Angewandte Chemie), Dr. Willy Kabitz (Philosophie und Pädagogik), Leiter der pädagogischen Abteilung des philosophischen Seminars, und Dr. med. Otto Krummacher (Physiologie), Abteilungsvorsteher am physiologischen Institut, zu ordentlichen Professoren ernannt worden.

** **Berliner Theater.** Man schreibt uns aus Berlin: Die Staatsoper brachte Mozarts köstliche Buffooper „Così fan tutte" in einer künstlerischen Neueinstudierung zu eindrucksvoller Wirkung: Oberregisseur Professor Dr. Hörth hat im Verein mit dem Stuttgarter Professor Pankok eine Inszenierung geschaffen, der es gelang, den echten unverfälschten Buffostil der Oper im Gegensatz zu den vielen früheren Bearbeitungen zu treffen. Die oftmals heikle Handlung verlor durch die absichtliche Betonung des Possenspiels

lägerei, sodaß der
den mußte.
er Blättermeldung
Amtsblattes der
Jahre 1920 11 956
Dieben und Heh-
von 106 Beamte,
ersonen.
e vormittag wurde
ng: „Der Ausge-
in der kommu-
ens eine Haus-
r Zeitung wurden
erschiedener Flug-
ohne Angabe des
ges gehen sollten,
rin wurden u. a.
unistischen Variet
Korrespondenz in
uf französisch den
r Sowjetpropagan-

aro berichtet, daß
r unter Führung
erschlesien abreisen
Volksabstimmung
mit, es verlaute,
oerweigert habe.
breise von Diens-
ist.
Nordbahn setzte
um ersten Male
chnellzug Pa-
ein.
Ausgaben für die
en sich auf unge-
rling brutto und
Budgetjahr 1920/21
Millionen Pfund.
Senator Lodge
es Kongresses
ordentlichen

en.

Versicherungs-
tenversicherung.

ungsunternehmun-
Agitation für den
sverträgen ausge-
erungen der Vor-
der angeblichen
rung wird Beun-
gestellten getragen
versicherung schwer
hädigt. Aber auch
oft recht wahllose
ungsunternehmun-
Bl: die Erfahrung
anständlich der letz-
spflichtgrenze auf
räge von der eige-
hat sich eine große
lassen, Versiche-
hl diese Versiche-
ne Befreiung von
ken konnten. Ins-
die schon vor In-
Mai 1920 versiche-
ne Unterbrechung
mit der Beitrags-
erung und zur
n in den meisten
erhalten und sind
Einbußen aufzu-
wird häufig die
tellte, die bereits
befreit sind, von
ungen veranlaßt
eitung begründen-
Nachversicherun-
aß nach Erhöhung
für die Privat-
ämienbetrag den
chen müsse, wie sie
n Erweiterungs-
Beitragssätzen zu
en sind unrichtig.
g von der eigenen
e der sie begrün-
unverändert in
ere Gehaltsstufe-

versicherung.

Druckschrift des
samtes Dr. Kauf-
versicherung" fin-
kung, gelegentlich
stattgefundenen
nstalten ist er-
Verwaltungskosten
rügen nach In-
ordnung 60 Mil-
der gegenwär-
che. Diese Be-
insicht unrichtig.
der Reichsver-
an Beiträgen im
en, sondern 419
persönlichen Ver-
gung der neuen
illionen, sondern
chen die versäum-
ein Drittel,
Einnahmen aus
e n Verwaltungs-
ng der Vollstän-
.

und die reizvoll improvisierte Marionettenbühne ganz ihre gewohnte Schwerfälligkeit und wirkte in ihrem unverwüstlichen Charme ganz unwiderstehlich. Mozarts köstliche Weisen, in ein schimmerndes Meer von Wohllaut und Leuchtkraft getaucht, enthüllten unter Generalmusikdirektor Blechs feinfühliger Leitung all ihre Schönheit. Auch die Darsteller wurden durch des Dirigenten zündendes Temperament mitgerissen und boten prächtige Leistungen, besonders Wera Schwarz als schalkhafte Zofe und Desider Zador als stimmgewaltiger Alfonse. Das ausverkaufte Haus spendete der glänzend verlaufenen Aufführung lebhaften Beifall. Der Abend bedeutet ein neues Ruhmesblatt für unsere Staatsoper und ihres tatenfrohen Intendanten Professor von Schillings. Dr. R. N.

Folgenschwerer Anschlag auf die Eisenbahn bei Merseburg.

w. **Magdeburg**, 16. März. Die Magdeburgische Zeitung meldet: **Zwischen Ammendorf und Merseburg ereignete sich gestern abend gegen 12 Uhr ein schweres Eisenbahnunglück. Der Güterzug von Halle nach Merseburg entgleiste. Der Eilzug 6091 fuhr in den Sonderzug. Getötet wurde der Zugführer des Güterzuges, der Lokomotivführer des Eilzuges und ein Viehbegleiter, verletzt wurden sechs Bahnbeamte. Das Unglück ist auf einen Anschlag gegen die Bahn zurückzuführen, da von unbekannter Hand die Schienen gelöst wurden.** Der Verkehr wird durch Umleiten aufrechterhalten.

Handel und Industrie.

Berliner Börsenkurse.

vom 16. März 1921.

	Div.	15. 3.	16. 3.		Div.	15. 3	16. 8
Com.-u. Privatb.	9	214.—	213 50	Sussener Steinz.	12	390	386.—
Darmst. Bank	8	181.50	181.—	Gelsenk. Bergw.	11	324.75	323.—
Deutsche Bank	10	301.—	300 50	Gelsenk. Gußst.	10	413.—	405.—
Disc.-Ges.-A.	9	255 —	54 50	Hamb. [illegible]	—	186.50	188.—
Dresdner Bank	9	217 87	217.—	Harp. [illegible]	12	461.—	448.—
Ess. Cred.-Anst.	9	193.—	195.—	Hasp. Eis. u. St.	20	—.—	—.—
Mitteld. Cred.-B	9	179,7	180,25	Humboldmasch.	—	200,50	197 75
Pr. Centr.-Bod.	8½	159.—	161.—	Höchster Farben	14	410.—	401.—
Reichsbank	8.79	146.12	147.—	Hösch. Stahlw.	24	755.—	745.—
Rh.-W. Bd.-Cr.	6	137.75	—.—	Köln-Neuessen	15	585.—	580.—
Boch. Viktoria	12	320.—	—.—	Königsborn	12	765.—	765.—
Düsseldorf. Langend.	12	231.—	—.—	Küppersbusch	15	378,50	369.—
Schlegel Boch.	15	—.—	337.—	Laurahütte	20	370.—	366.—
Allg. Elektr.-G.	10	285.—	279 50	Magdeb. Bergw.	25	—.—	—.—
Arenberg	15	1010.—	1020.—	Mannesmann	20	570.—	561.—
Bad. Anilin	18	529.—	514.—	Mark. Zement	25	568,50	555.—
Baleke Masch.	20	519,75	491.—	Masch.-F. Baum	—	425.—	419.—
Baroper Walz.	20	999,75	1001.—	Mülh. Bergw.	11	—.—	425.—
Bergm. Elekt.		3.4.50	311.—	Nordd. Lloyd	—	179.—	180,87
Bismarck-Hütte	28	642,50	651.—	Oberschles. Eisenb.Bedarf	—	327,75	319.—
Boch.-Gels. Str.	9	1 8.50	—.—	Orenstein-Kopp.	16	525.—	514.—
Boch. Gußstahl	15	4.2.—	444.75	Phönix Bergw.	20	579.—	569,50
Buderus Eisen	7½	583.—	583.50	Rh. Braunkohle	20	650.—	643.—
Concordia Berg.	42	406.—	406.—	Rh. Stahlwerk.	20	528.—	523.—
D.-Lux. Bergw.	8	311.50	306,25	Siemens-Halske	12	493.—	498,50
Deutsche Erdöl	—	—.—	1000.—	Westf. Draht	5	259.—	—.—
Deutsche Kali	25	346 50	349.—	„ Eis. u. Draht.	20	389.—	388,50
Dittmann Neuh.	32	830.—	820.—	Wicking Zem.	25	384.—	378,75
Dürkopp	25	544.—	520.—	Wittener Gußst.	80	—.—	—.—
Iberf. Farben	18	438.—	434.—				

Amtliche Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Für drahtliche Auszahlungen	15 März. Geld	15 März. Brief	16. März. Geld	16. März. Brief	Höchst. bish. G.	Münzparität
Holland 100 fl.	2175,80	2174,70	2160,80	2164,70	4196.—	168,75
Belgien 100 Fr.	457,—	458.—	457.—	458,—	736,75	81,50
Norwegen 100 Kr.	1016,45	1018,55	1016 45	1008 55	1848.	112.—
Dänemark 100 Kr.	1051,40	1053,60	1070 90	1073.10	1698.—	112,50
Schweden 100 Kr.	1439,55	1432 45	1422 55	1425.45	1993.—	112,50
Italien 100 Lir	230,75	231,25	232 25	234,75	584 40	81,50
England 1 St.	246,37	246,87	245 25	245,75	350,65	20,—
Amerika 1 D	63,09½	63,19½	62,55½	62,65½	108,65	4,48
Frankreich 100 Fr.	437,55	438.45	433,55	439,45	798,—	81,20
Schweiz 100 Fr.	1071.45	1073,60	1072,45	1074,60	1709,30	81.—
Spanien 100 Pes	871,60	873.40	870,10	871,90	848,—	81,—
Tsch.-Oest. 100 Kr.	14 46	14.52	14,85½	14 89½	—.—	85,—
Tsch.-Slow. 100 Kr.	81.95	82.15	81 90	82 10	101,15	—.—
Ungarn 100 Kr.	15 33	15.37	13.33	13.37	—.—	—.—

* **Berlin**, 16. März. Bei Eröffnung der Börse nahm die Spekulation die unsicheren politischen Verhältnisse, sowie auch zurückhaltende Ausführungen Rathenaus in der gestrigen Generalversammlung der A. E. G. zum Anlaß eines Angriffes auf das Kursniveau. Umfangreiche Leerverkäufe drückten den Kurs der heimischen Dividendenwerte bis 10 Prozent, vereinzelt noch darüber. Die in letzter Zeit bevorzugten oberschlesischen Montanwerte gaben stärker nach. Laurahütte — 13. Auch Buderus eröffneten 11 Prozent niedriger. Schiffahrtswerte waren gleichfalls etwas schwächer. Ebenso chemische Werte. Von Elektrowerten verloren A. E. G. 10, von Spezialwerten Rheinmetall 10, Daimler, die besonders stark angeboten waren, 1 Prozent. Auch Kaliwerte wurden schwächer. Bankwerte wurden durch die schwache Haltung des Devisenmarktes beeinflußt. Im weiteren Verlaufe wurde die Kursgestaltung schwankend. Auf Deckungen zeigte sich teilweise eine Stabilisierung. Neben weiteren Kursrückgängen waren auch Kursbesserungen zu beobachten. Gegen Schluß der Börse zeigte sich nach erneuter Abschwächung wieder etwas Befestigung. Der Kassamarkt war geteilter Haltung. Ueberwiegend zeigten sich leichte Kursabschwächungen.

* **Die allgemeine Verkehrslage im Ruhrrevier** dürfte befriedigend sein, wenn nicht das Rheinwasser sich anhaltend um etwa 1,55 Meter unter dem normalen Stande befände. Die Rückwirkungen äußern sich in zunehmendem Maße im Kahn- und Schleppkraftmangel. Die Betriebslage der Eisenbahn war in der verflossenen Woche im allgemeinen günstig. Trotz geringer Schwierigkeiten im Verkehr über Vorhalle nach der Hagen-Steig-Strecke wegen starken Frachtenandranges und im Koksverkehr nach Ehrang wegen Streiks in Luxemburg gelang es, die Wagengestellung für Brennstoffe wieder um stark 1000 Wagen zu verbessern. Für Koks, Kohlen und Briketts wurden an arbeitstäglichen Durchschnitt 24 843 Wagen (gerechnet auf je 10 Tonnen) angefordert; gestellt wurden arbeitstäglich durchschnittlich 24 529 Wagen. Höchstgestellung am 8. März 25 673). In dem gleichen Zeitraume des Vorjahres betrug die Durchschnittsgestellung 22 463 Wagen. Die Brennstofflagerbestände auf den Zechen haben in der vergangenen Woche eine Verringerung von 972 564 Tonnen auf 948 498 Tonnen erfahren. Die Klipperleistung in den Duisburg-Ruhrorter Häfen nahm um ein Geringes zu; sie betrug arbeitstäglich 30 346 (27 312) Tonnen. Der Brennstoffumschlag auf den Kanälen hielt sich mit 23 797 Tonnen arbeitstäglich ungefähr auf der vorwöchigen Leistung. Im Schleppverkehr auf dem Rhein-Herne-Kanal ist durch die Aufhebung des Wendelbetriebs zwischen den einzelnen Schleusen eine Besserung eingetreten.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Bayern und die Entwaffnung der Einwohnerwehren.

w. **Berlin**, 16. März. Im 28. Ausschuß des Reichstages zur Vorberatung eines Gesetzes über die Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages erklärte Reichsminister Koch auch namens des Reichskanzlers, daß seitens der Reichsregierung der Veröffentlichung des Schriftwechsels zwischen der bayerischen und der Reichsregierung kein Hindernis in den Weg gelegt worden sei, daß aber wohl die bayerische Regierung zum Ausdruck gebracht habe, den Schriftwechsel nicht zu veröffentlichen. Er müsse feststellen, daß schlüssige Erörterungen über den künftigen Gang der Reichspolitik für den Fall des Scheiterns der Londoner Konferenz nicht gepflogen worden seien. Eine Erklärung darüber, was die Reichsregierung nach der Londoner Konferenz zu tun gedenke, wäre keiner Landesregierung gegenüber abgegeben worden. Minister Koch betonte noch, daß er nie und mit keinem Worte den Standpunkt vertreten habe, daß die Regierung sich an den Versailler Frieden nicht für gebunden erachte. Es wurde sodann ein Brief des bayerischen Ministerpräsidenten verlesen, worin es u. a. heißt: Die Entwaffnung der Einwohnerwehren sei grundsätzlich in Aussicht genommen, ihre Durchführung sei aber in dem von den Gegnern vorgeschriebenen Zeitmaß und zu den von ihnen bestimmten Termin wegen der Bedrohung der staatlichen Ordnung jetzt nicht möglich. Was über den Friedensvertrag hinausgehe, müsse strikte abgewiesen werden. Sodann wird versichert, daß die bayerische Regierung sich bei ihrer Stellungnahme von Rücksichten auf die Interessen des Reiches und unserer nationalen Geschlossenheit habe leiten lassen, die Verantwortung aber für die Entwaffnung der Reichsregierung überlassen müsse.

*

D. **München**, 16. März. Der Wortlaut der Note an die Reichsregierung vom 8. Februar wird nunmehr von der bayerischen Staatsregierung bekanntgegeben. Wortlaut der Note und Gliederung lehnen sich inhaltlich eng an das von der Münchener Post veröffentlichte Konzept. Der entscheidende Abschnitt besagt im maßgebenden Wortlaut:

Für die Maßnahmen, die die Reichsregierung im Verfolg ihres Standpunktes nunmehr ergreifen zu müssen glaubt und, wie die bayerische Staatsregierung voraussetzt, zur Aufführung bringen wird, muß die bayerische Staatsregierung der Reichsregierung die volle Verantwortung überlassen. Die bayerische Staatsregierung hält sich zu dieser Erklärung verpflichtet, unbeschadet der bisherigen Stellung Bayerns zum Reiche und unbeschadet des im übrigen unverbrüchlich von ihr festgehaltenen Standpunktes, daß Tragung und Gestaltung des aus dem Versailler Friedensvertrages sich ergebenden Loses des deutschen Volkes Sache aller deutschen Regierungen ist.

Keine Arbeiterentlassungen im Industriegebiet.

w. **Berlin**, 16. März. Im Gegensatz zu französischen Meldungen ist festzustellen, daß weder in Mülheim noch in Hamborn oder in anderen Orten des Industriegebietes Arbeiterentlassungen oder Arbeitseinschränkungen stattgefunden haben. Die Franzosen versuchen durch Meldungen über von den Unternehmern veranlaßte Arbeitseinschränkungen die deutschen Arbeiter aufzuhetzen, und dadurch eine Bresche in die deutsche Einheitsfront zu schlagen. Wie die Dinge liegen, haben sie nicht die geringste Aussicht, ihr Ziel zu erreichen.

Zur preußischen Kabinettsfrage.

D. **Berlin**, 17. März. Die deutschnationale Fraktion des preußischen Landtages hatte bekanntlich an alle nichtsozialistischen Fraktionen die Aufforderung gerichtet, über die Bildung einer sozialistenfreien Regierung in Verhandlungen einzutreten. Die Fraktion der deutschdemokratischen Partei des preußischen Landtages hat in Uebereinstimmung mit dem Parteiausschuß die folgende Antwort erteilt: „Auch wir sind der Ueberzeugung, daß aus innen- wie außenpolitischen Gründen die Bildung einer neuen preußischen Regierung auf der Grundlage der nationalen Einheitsfront das Gebot der Stunde wäre. Wie Sie selbst darlegen, ist dieses Ziel aber zurzeit nicht zu erreichen. Durch die Verwirklichung Ihres Vorschlages würden wir dieser nicht nur nicht näher kommen, sondern uns von ihr entfernen."

Die Zahlungsaufforderung des Reparationsausschusses an Deutschland

w. **Paris**, 16. März. Journal schreibt: Der Reparationsausschuß setzte gestern nachmittag in seiner Sitzung, nachdem er bisher in mehreren Sitzungen diese Frage prüfte, den Wortlaut der Aufforderung fest, die an Deutschland gerichtet werden soll, damit dieses seinen Verpflichtungen bis zum 1. 5. nachkommt. Die nach Berlin gerichtete Note fragt außerdem bei der deutschen Regierung an, unter welcher Gestalt sie die Zusatzzahlung von 20 Milliarden Goldmark zu leisten gedenkt.

(Anm. des Wtb.: Zu der wiederholten Meldung aus Paris, die Reparationskommission beschloß, an Deutschland noch vor dem 1. Mai die Aufforderung zur Zahlung der nach ihrer Ansicht gemäß Art. 235 des Friedensvertrages bis dahin zu zahlenden 20 Milliarden Goldmark zu richten, wird uns von sachkundiger Seite erneut bestätigt, daß die beteiligten deutschen Stellen nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß die bisherigen Leistungen Deutschlands 20 Milliarden überschreiten. Selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte, würde die Folge nur sein können, daß nach § 12 Ziffer 1 Anlage 2 zu Art. 244 des Friedensvertrages die aus diesem Grunde nicht eingelösten unverzinslichen Schatzanweisungen in verzinsliche Schatzanweisungen umzutauschen wären.)

Keine Schadenersatzpflicht des Reichs für die 50 prozentige Ausfuhrabgabe.

w. **Berlin**, 16. März. Nach Mitteilungen des Außenhandelsverbandes an die Blätter besteht über die 50prozentige Exportabgabe vorläufig noch Unklarheit. Es dürfte jedoch schon jetzt gesagt werden, daß die deutsche Regierung für diese Abgabe voraussichtlich keinerlei Schadenersatzpflicht anerkennen dürfte. Von englischer und französischer Seite ausgestellte Bons dürften also weder von den deutschen Behörden bar eingelöst werden, noch als Bezahlung für Steuern und dergleichen gültig erklärt werden.

Schikanen und Schwierigkeiten für die Neutralen.

w. **Zürich**, 16. März. Die Neue Züricher Zeitung schreibt: Gestern ist im Bundeshause eine Note der englischen Regierung eingetroffen, wonach bei Fabrikaten aus anderen Ländern eine Abgabe nur erhoben wird, wenn die Ware 75 Prozent deutschen Waren- oder Materialwertes besitzt. In einem Leitartikel führt das Blatt dazu aus, daß diese immerhin weitgehende Definition der deutschen Waren hoffentlich verhindern werde, daß der Welt alle wirtschaftlichen Schikanen und Schwierigkeiten der Kriegszeit neuerlich beschert werden. Die Einbringung des allgemeinen Ursprungszwanges eröffnet für die Neutralen sehr wenig erfreuliche Aussichten, da diese Maßnahme zweifellos Schwierigkeiten mit sich bringe, die man mit dem Abflauen der Wirtschaftskrise endgültig hinter sich zu haben glaubte.

Polnische Lügen über deutsche Truppenzusammenziehungen.

w. **Berlin**, 16. März. Reuter verbreitet folgende von amtlicher polnischer Seite stammende Meldung: Sehr beträchtliche Truppenzusammenziehungen finden an der gesamten deutsch-polnischen Grenze statt. Es wird versichert, daß die an der polnischen Grenze in Massen vereinigten deutschen Truppen an Zahl die gesamte Deutschland durch den Friedensvertrag gestattete Truppenmacht übersteigen, und daß während der letzten Tage bayerische und sächsische Abteilungen zur Verstärkung eingetroffen seien. Außerdem sollen noch geheime militärische Organisationen die Regierungstruppen unterstützen.

Zu dieser Nachricht wird von polnischer Seite ein Communique veröffentlicht, das besagt: Diese Nachricht ist sehr bezeichnend, da sie den Entschluß der Deutschen beweise, sich nicht an das Ergebnis der Abstimmung zu halten, wenn es für die Polen günstig ausfalle. Die Anwendung energischer Maßnahmen sei nach der Ansicht der Polen notwendig, damit die Möglichkeit einer ehrlichen und gerechten Eintragung der Stimmen der oberschlesischen Bevölkerung gesichert sei.

Hierzu ist seitens der deutschen Regierung folgendes zu erklären: **Die Nachrichten über deutsche Truppenansammlungen in den deutsch-polnischen Grenzgebieten sind vollständig aus der Luft gegriffen und entbehren jeder Grundlage. Die Stärke der Reichswehr hat tatsächlich die im Friedensvertrage zugestandene Zahl noch nicht erreicht.** Alle Truppenteile befinden sich mit ganz unbedeutenden Ausnahmen in ihren Friedensstandorten. Kontrollkommissionen der interalliierten Militärs, die jederzeit in der Lage sind, die einzelnen Standorte aufzusuchen, sind bis in die letzten Tage im Grenzgebiet tätig gewesen. Es ist von ihnen nicht der geringste Einspruch wegen Ueberschreitung der im Friedensvertrag zugestandenen Stärke erfolgt. Dies beweist die gänzliche Haltlosigkeit der polnischen Behauptungen und der daraus gezogenen Schlüsse.

Französische Stimmen der Vernunft.

TU. **Paris**, 16. März. Die Redner, die in der gestrigen Kammerdebatte über die Sanktionen das Wort ergriffen, blieben in ihren Ausführungen durchweg sachlich, wodurch die Aussprache einen ruhigen und rein technischen Charakter erhielt. Die Redner suchten andere Wege zur Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu weisen. Die Strafmaßnahmen seien jedenfalls nicht das geeignete Mittel. Die alliierten und assoziierten Mächte müßten mit Deutschland zusammenarbeiten.

Schädigung der deutschen Flußschiffahrt durch den Kohlenüberfluß Belgiens und Frankreichs.

w. **Berlin**, 16. März. Zu der Meldung der belgischen Zeitung Neptune, daß der belgische Markt mit deutscher Reparationskohle übersät ist, erfährt das B. T. von unterrichteter Stelle ergänzend, daß der Ueberfluß deutscher Kohlen in Belgien und Frankreich und die Unmöglichkeit des Absatzes die teilweise Lahmlegung der deutschen Flußschiffahrt bewirken. **Die Belgier und Franzosen entladen die deutschen Kohlenschiffe nicht mehr rechtzeitig, da sie nicht wissen, wo sie die Kohlen lagern sollen. Die deutschen Flußschiffe bleiben also als Kohlendepots in fremden Häfen liegen und scheiden für Deutschland damit vollkommen aus.**

Unterzeichnung des englisch-russischen Handelsabkommens.

w. **London**, 16. März. (Reuter.) **Das englisch-russische Handelsabkommen ist unterzeichnet worden.**

Unterzeichnung des polnisch-russischen Präliminarfriedens

TU. **London**, 16. März. Die „Times" meldet unter dem 15. März aus Riga: Heute wurde der Präliminarfriedensvertrag zwischen Rußland und Polen unterzeichnet. Der endgültige Vertrag wird am Freitag unterzeichnet werden.

Ausbreitung des Aufruhrs in Rußland

Der Kampf zwischen Kronstadt und Petersburg.

TU. **Kopenhagen**, 17. März. **Aus Moskau wird gemeldet, daß die Aufruhrbewegung sich in ganz Rußland ausbreitet. Der Kampf zwischen Kronstadt und Petersburg hat in den letzten Tagen einen sehr heftigen Charakter angenommen.** Die Verwundeten der bolschewistischen Truppen wurden bis nach Moskau gebracht. Die Räteregierung machte den mißglückten Versuch, Artillerieoffiziere von Moskau nach Petersburg zu kommandieren. Die Truppen verweigerten den Gehorsam und lehnen es ab, an den Operationen gegen Kronstadt teilzunehmen. Nach weiteren Meldungen breitet sich die Aufruhrbewegung in Weißrußland immer mehr aus. Die aufrührerischen Bauern haben durch meuternde bolschewistische Truppen bedeutende Verstärkungen erhalten. Zwischen den Aufrührern und den Bolschewisten finden sehr heftige Kämpfe statt. Die Bolschewisten sind auf Minsk zurückgedrängt worden, dessen Fall jeden Tag erwartet werden kann.

TU. **Hangö (Finnl.)**, 17. März. **Der Kampf zwischen Kronstadt und Krasnoje Gorka dauert an. Er wird mit schwerem Geschütz geführt.** Flüchtlinge bestätigen, daß das Geschützfeuer Kronstadts der roten Festung großen Schaden zugefügt hat. Dies geht auch aus einem aufgefangenen Funkspruch Trotzkis an den Moskauer Kriegsrat hervor, in dem von zahlreichen Toten gemeldet wird. Trotzki macht große Anstrengungen, den Widerstand Kronstadts zu brechen. Er versammelt im Raume von Oranienbaum, südlich Kronstadt, 40 000 Mann, mit denen er einen Generalangriff unternehmen will. Der erste Angriff des zweiten Sowjetregiments ist gestern abgewiesen worden. Dabei erlitten die roten Truppen große Verluste. Eine Revaler Meldung will wissen, daß Trotzki 25 unzuverlässige Kommissare wegen Verrats habe erschießen lassen. Nach finnischen Berichten sind 5000 Mann roter Soldaten zu den Aufständischen in Kronstadt übergegangen. Fest steht, daß in Kronstadt großer Mangel an Munition, nicht nur an Proviant herrscht. Man hofft, über Schweden Lebensmittelzufuhren zu bekommen.

D. **Berlin**, 17. März. Die sogen. neue Konferenz der Sachverständigen, die am Freitag zusammentreten soll, stellt sich als eine Zusammenkunft völlig privaten Charakters dar. Die Reichsregierung hat zwar Mitteilung von der Besprechung erhalten, wird aber, wie wir erfahren, sich der Teilnahme enthalten. Es besteht nicht die Absicht, daß einer der von den Veranstaltern der Besprechung eingeladenen Reichsminister an ihr teilnimmt.

D. **Berlin**, 16. März. Das Reichskabinett ist heute Nachmittag um 4 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten in welcher das Problem Oberschlesien, Ostfragen und im übrigen die laufenden politischen Angelegenheiten besprochen werden.

w. **Berlin**, 16. März. Der Hauptausschuß des Reichstags nahm eine Entschließung an, wonach den Reichstagsmitgliedern neben der Freifahrt auf den Eisenbahnen auch die kostenlose Benutzung der Automobilpostlinien gewährt werden soll.

w. **Berlin**, 16. März. Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung warnt mit Rücksicht auf die gegenwärtige Arbeitsmarktlage vor den Zuzug Arbeitsuchender in das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Die Warnung betrifft vor allem ungelernte Arbeiter, die in den Kohlengruben Arbeitsgelegenheit zu finden hoffen. Die Zechen seien mangels gelernter Kräfte mit ungelernten Arbeitern übersetzt. Eine Zureise ohne vorherige Fühlung mit dem öffentlichen Arbeitsnachweis ist daher dringend zu widerraten.

w. **Berlin**, 16. März. Der Londoner Vertreter des Corriera della Sera legt dem Reichsminister des Aeußeren die Aeußerung in den Mund, mit den Italienern spreche er erst garnicht; denn sie seien allen denen feind, mit denen Deutschland im Frieden lebe. Es sei hierzu festgestellt, daß der Minister niemals eine derartige oder eine ähnliche Aeußerung tat.

w. **Berlin**, 16. März. Zur Ermordung Talaat Paschas stellte die Kriminalpolizei fest, daß sich der Täter schon lange in Berlin aufhielt und daß er zweifellos hierher kam, um den Plan auszuführen. Daß er nicht schon früher den Plan ausführte, wird damit erklärt, daß ihm bisher die Mittel zur Flucht fehlten. Jetzt fand man bei ihm annähernd 12 000 Mark. Nach seiner Angabe erhielt er diese erst vorgestern durch einen Scheck. Nachrichten, wonach auch die Gattin Talaats verwundet worden sein soll, sind unrichtig. Sie war bei dem Vorfall nicht zugegen. Ueber etwaige Mitschuldige ist bisher nichts ermittelt worden.

w. **Wien**, 16. März. Nach Meldungen aus Prag wurde im Senat von deutsch-bürgerlicher Seite eine Interpellation an die Regierung gerichtet, worin gegen die Entschädigungsforderungen der Tschecho-Slowakei an Deutschland in Höhe von 40 Millionen tschecho-slowakische Kronen in schärfster Weise protestiert wird.

w. **Paris**, 16. März. Eine Anzahl Genossenschaften für den Wiederaufbau schlossen sich gestern zu einem allgemeinen Verband zusammen, um Fragen, den Wiederaufbau betreffend, gemeinsam zu erledigen. Der Sitz des Verbandes ist Paris, der Vorsitzende Senator de Lupersac.

Verantwortlich: Für Politik i. V., Feuilleton und Sport W. Lindner; für Lokales, Handel und Letzte Nachrichten Th. Volsen; für „Feierstunden" und den übrigen Textteil Julie Schwinck, für Inserate und Reklamen Eugen Wolff, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Hugo Ascheuer
Gertrude Ascheuer
geb. Schwarz

Vermählte.

Bochum, den 17. März 1921.

Statt Karten

Ihre Vermählung
geben bekannt

Eduard Bergemann u.
Frau Ida geb. Träger.

Bochum, Bessemerstrasse 27, den 17. März 1921.

Taschen-Uhren,
Goldschmuck
Silberwaren
Bestecke

Rudolf Werres ❁ **Juwelier**
Bochum, Hochstraße 26.

Grosse Auswahl!
Billige Preise
Ständig Neuheiten

Barmer Bank-Verein
Hinsberg, Fischer & Comp.
Kommanditgesellschaft auf Aktien
Barmen.

Die Herren Kommanditisten unserer Gesellschaft werden hiermit auf Grund des Gesellschaftsvertrages eingeladen zu der

Ordentlichen General-Versammlung

welche am **Donnerstag, den 7. April, nachmittags 3½ Uhr,** im **Bankgebäude, Winklerstraße 11, hier,** stattfinden wird.

Tages-Ordnung:

1. Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung, sowie Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafter und des Aufsichtsrates, Vorlage des Geschäftsberichtes der persönlich haftenden Gesellschafter und des Berichtes des Aufsichtsrats,
2. Beschluß über die Verteilung des Gewinnes.
3. Wahlen zum Aufsichtsrat.
4. Beschlußfassung über den Antrag der persönlich haftenden Gesellschafter auf Erhöhung des Grundkapitals um Mk. 49 741 200.— auf Mk. 198 964 200.— und Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Kommanditisten.
5. Aenderung des § 4 des Gesellschaftsvertrages (Erhöhung des Grundkapitals).

Die Herren Kommanditisten, welche der General-Versammlung anwohnen wollen, haben ihre Aktien bei einer der nachbenannten Stellen:

in **Berlin** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft,** der **Bank für Handel und Industrie** und den Herren **Delbrück, Schickler & Co.,**
„ **Frankfurt a. M.** bei dem **Bankhaus S. & H. Goldschmidt,** der **Direction der Disconto-Gesellschaft** und der **Filiale der Bank für Handel und Industrie,**
„ **Stuttgart** bei der **Württembergischen Bankanstalt vorm. Pflaum & Co.** und der **Direction der Disconto-Gesellschaft,**
„ **Elberfeld, Cronenberg, Vohwinkel** und **U.-Barmen** bei den Herren **von der Heydt-Kersten & Söhne,**
„ **Barmen bei unserer Zentrale, sowie bei unseren sämtlichen übrigen Niederlassungen,** bezw. den ordnungsmäßigen Hinterlegungsschein eines deutschen Notars **bei uns** bis spätestens **31. März 1921** zu hinterlegen, wogegen die Legitimation zu der Generalversammlung ausgehändigt wird.

Barmen, den 15. März 1921.

Der Aufsichtsrat:
Freiherr von Rheinbaben,
Vorsitzender.

Obst-, Gemüse-, Straßenhändler

Am Freitag, den 18. März 1921 findet im Lokal Hugo Schatz, Obere Marktstraße 38, abends punkt 7 Uhr, eine

öffentl. Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:

1. Der Straßenhandel und seine Notwendigkeit.
2. Wie stellt sich die Oeffentlichkeit zur Einführung eines Dauermarktes.
3. Freie Aussprache.

Arbeiter, Bürger, und besonders die Vertreter der Organisationen erscheint in dieser Versammlung.

Reichsverband reisender Gewerbetreibender und Händler, Ortsverwaltung Bochum.

Leinöl

prima dopp. gek.
per Liter 14.– Mark.
Sämtliche Farben u. Pinsel.
Ernst Körmann, Bochum
Buddenbergstrassen - Ecke.

Stadttheater Bochum.

Donnerstag, den 17. März 7½—10½. Vorr. B. „Der Freischütz" Romantische Oper in 3 Aufzügen von C. M. v. Weber.
Karten sind noch in allen Preislagen zu haben.

Freitag, 18. März, 7½—10½ D. 19. **„Die Welt ist krank".** Ein Stück von heute von Herbert Eulenberg.

Operettentheater
Bochum.

Donnerstag 7¾ Uhr: Geschlossene Vorstellung für den Gastwirte-Verein
Das Dreimäderlhaus
Vorverkauf tägl. ab 4 Uhr an der Kasse d. Operettentheaters.
Freitag 7¾ Uhr: **Zum letzten Male:**
Das Dreimäderlhaus
Samstag 7¾ Uhr **Zum ersten Male:**
Die Scheidungsreise
Operette in 3 Akten, von Rudolf Presber und Leo Walter Stein.
Am deutschen Künstlertheater zu Berlin vor stets ausverkauftem Hause.
Enthaltende Schlager:
Wer wird denn weinen, wenn man auseinandergeht usw.
Denn das ist so in der Ehe, die der Liebe Wunden heilt usw.
Sonntag 3½ Uhr:
Der Großstadtkavalier
Sonntag 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise

Wintergarten-Künstlerspiele.
Geöffnet täglich ab 7 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Zurückgekehrt

Sanitätsrat
Dr. Mosbacher.

Der nächste **Mandolin-Guitarre-Kursus** beginnt am Samstag, den 19. März. Anmeldung täglich. Gute Instrumente vorrätig, billigst.
Boch. Musik-Zentrale
Rottstraße 46.



von **68** Mk. an
Fugenlos; massiv, nicht hohl. Alle Feinheiten vorrät. Verkauf nach Gewicht. Gravierungen sofort.
BEIELSTEIN
KORTUMSTR. 18

Trauringe

massiv Gold
Jede Preislage und Form stets vorrätig.
Heinr. Schweers
Goldschmiedemeister
Bochum, Wilhelmstr. 13

Waschen Sie
Stickereien, Spitzen, bunte Wäsche, seidene Blusen
damit die Farbe **nicht** ausgeht, und
Wollsachen
damit diese **nicht** einlaufen, nur mit
Puls
Gall-Extrakt
(Pulverisierte **chemische** Seife mit reiner Ochsengalle.)
Erfolg garantiert!
Engros zu haben bei
Heinr. Best, Bochum,
Ottostraße 42, Telef. 349.

Vasenzweige
Vasenbuketts
Blumenkörbe
Hutblumen
Kommunionkränze
naturpräp. Palmen
Adiantum
empfiehlt billigst
Bochumer Blumenhalle
Bochum, Gr. Beckstraße 22.
Füllen von Körben und Jardinieren.



Bürgergesellschaftshaus
Bochum, Wilhelmstr.

Heute abend 8 Uhr
Einlaß 7 Uhr.
Direktor Kassner
der unvergleichliche Zauberkünstler und Hexenmeister mit seinem prachtvollen Palast der Illusionen. Uebertrifft alles bisher dagewesene. — Karten zu 4.—, 6.—, 8.50, 10.— u. 12.— M. nur im Zigarrengeschäft Mensendick, Ecke Hochstrasse, und ab 7 Uhr an der Abendkasse. — — —
Sonntag nachmittags 4 Uhr, Einlaß 3 Uhr **Gr. Extra-Kinder- und Familienvorstellung** zu kleinen Preisen: 2.50, 3.50, 4.50 u. 6.— M. nur im Bürgergesellschafts aus Wilhelmstr.

Gemeinnütziger Wohnungs-Verein e. G. m. b. H. Bochum

Einladung

zur ordentlichen Hauptversammlung am Mittwoch, 30. März, abds. 7.30 Uhr, im weißen Saal der Bürgergesellschaft, Bulenstr.

Tagesordnung:

1. Verlesen des Geschäftsberichts für das Jahr 1920.
2. Genehmigung der Jahresrechnung.
3. Beschlußfassung über Deckung des Fehlbetrages und Festsetzung der Höhe der Dividende.
4. Entlastung des Vorstandes.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.
6. Erhöhung des Eintrittsgeldes und entsprechende Aenderung der Satzungen.
7. Genehmigung eines besonderen Ausgabebetrages.
8. Verschiedenes.

Die Jahresrechnung nebst Gewinn- und Verlustrechnung liegt von Montag, den 21. März bis Mittwoch, den 30. März einschließlich zur Einsicht durch die Mitglieder im Geschäftszimmer, Clemensstr. 27, aus.

Nur Mitgliedern ist der Zutritt zu der Hauptversammlung gestattet.

Bochum, den 16. März 1921.

Gemeinnütziger Wohnungs-Verein zu Bochum e. G. m. b. H.
Der geschäftsführende Vorsitzende des Aufsichtsrates: Müller.



Glühlampen
Otto Krancher, Bochum
Elektro-Großhandlung
Kaiserstraße 59
Telefon 804 u. 3504.
Gegr. 1874.

Linoleum

für Fußböden und Möbel
granitartig, einfarbig,
in allen Stärken
vorrätig.

❁

Schröder & Baum
Friedrichstraße 11.

Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit

Bisher abgeschlossene Versicherungen
2 Milliarden 800 Millionen Mark.
Alle Ueberschüsse kommen unverkürzt den **Versicherungsnehmern zugute.** Neu vorteilhafte Versicherungsformen, insbesondere **Invaliditätsversicherung,** Gewährung der Versicherungssummen in **Renten** und die **Mitversicherung bei Aufruhr etc.** ermöglichen denkbar vollkommenste Fürsorge. Vertreter **H. Brune, Bochum,** Hieperstr. 39. Fernsp. 5 9.

Nur an Wiederverkäufer

liefere von eintreffenden Ladungen:
Reines Schweineschmalz
Prima Speck
Prima Corned-Beef.
Kunerolmüller / Bochum
Fernruf Nr. 3500 und 3501
Geschäftsräume Kortumstr. 23



Ich halte fest

an meinem Prinzip: für geringes Geld tadellose erstklassige **Fasson-Hosen** fertig od. nach Maß zu liefern

Bochumer Hosenhaus A. Kurze
6 Hernerstrasse 6
Haltestelle der Straßenbahn: Kortländer, Linie 2 und 6

Jacobsonschule
zu Seesen a. Harz.

Schulstiftung, bestehend aus **Realschule u. Realprogymnasium mit Schülerheim** (gegründet 1801).
Neuzeitliche Einrichtungen für Körperpflege, Sport, Arbeitsunterricht (Tischlerei, Schlosserei, Gartenbau). Gesunde und reichliche Kost. Die Lehrer an der Schule sind gleichzeitig Erzieher am Schülerheim.
Religiöse Fürsorge für christliche und jüdische Kna en gemäß Stiftungssatzungen. — Näheres durch die Direktion.

Prof. Dr. Friedland
Studiendirektor.

Kalkuhische Realschule

(Oberrealschule i. E.) **Obercassel-Bonn.**
Aufnahme mit dem 9. Lebensjahr. Sorgfältige Erziehung, gediegener Unterricht. Beste Verpflegung. Gesunde Lage der Anstalt, neuzeitliches Bad. Große Spielplätze. Ostern Einrichtung der Obersekunda. Drucksachen durch Direktor **Dr. Heel.**

Ausbildung zum Chauffeur

erfolgt für jedermann in der **Bochumer Chauffeur-Schule.** Annahme **Schillerstraße 45.** Eintr. jederzeit

---

Kaufmännische Schulen der Handelskammer
Fernruf 454 Bochum Bismarckstr. 13 (Eingang Jahnstr.)

Abteilungen: Höhere Handelsschule
Handelsschule
Abendlehrgänge.

Aufnahme von männlichen und weiblichen Besuchern; mündl. Anmeldungen: jeden Dienstag 3—5 Uhr; schriftl. jederzeit. Pläne und Auskunft durch die Schulleitung.

Braunschw. Lüneburg. Landesbaugewerkschule Holzminden Errichtet 1831 Errichtet 1831

Hoch- und Tiefbau-Abteilung. Sommerunterricht Anfang April Winterunterricht Mitte Oktober. — Schulbericht und Auskunft kostenfrei. — Die Anstalt gehört zu den anerkannten Baugewerkschulen.

Zentralheizungen,
Sanitäre Installation
Lieferung von Rohrleitungen,
Abwärmeverwertungs - Anlagen
Waschkauen,
Kokssparer zum Einbau in vorhandene Heizkessel.
Albert Staubach, Jng.
Fernspr. 669 Bochum Fernspr. 669

Leinöl

prima dopp. gekocht p. Ltr. **14.—** Mk.
Leinöl, Marke Alberdingk „ **13.—** Mk.
Tapeten-Fabrik Becker
Verkaufsstelle Obere Marktstr. 86.

Saat-Hafer

Anerkannte Saaten:
Petkuser
Gelbhafer
Beseler II
sowie sämtliche
Feld- und Gartensämereien
hat anzubieten:
Wilh. Förder, Höntrop
Telefon 449. Amt Bochum.

Spediteur Reichenbach

Telefon 2229 **Bochum** Wittenerstr. 30
übernimmt
Möbeltransporte - Fuhren aller Art. Maschinen- und Kessel-Transporte.

Tapeten

schöne Muster schon von Mk. **1.75** an.
Wwe. Levy.
Ringfreies Tapeten-Lager
Parijerstraße, am Alten Markt,
bei Fischer um die Ecke.
Auch Eingang durch die Harmdnietstraße.
Eine elektrische Fahrt wird vergütet.

Zahnpraxis Mathilde Richter

Humboldtstr. 25. — Sprechstunden: 9—12 vorm. 3—7 nachmittags, Sonntags 10—12 Uhr.
Zahnziehen, Plombierungen, Anfertigung künstl. Zahnersatzstücke, Reparaturen.
Spezialität: **Plattenloser Zahnersatz**

Niklowitz & Klimaschewski

Gabelsbergerstr. 1
Fernruf 3031.

Wir liefern:
Bergwerks- u. Hüttenbedarfsartikel, Werkzeuge, Werkzeugmaschinen, Ersatzteile:
Schrauben, Muttern u. Faconteile für sämtliche Industriezweige.
Prima technische Oele und Fette.



Die Maschine, die Sie brauchen
Verlangen Sie unverbindlich Druckschrift
General-Vertreter
Bürobedarfs-Gesellschaft Theodor Hess & Co
Bochum, Friedrichstr. 22

Umpreß-Hüte

für Damen und Herren in Stroh und Filz auf hochmoderne Formen erhalten Sie sauber und billig in der

Rheinisch-Westfälischen Hutfabrik H. Hort
Größte Umpreßanstalt Westfalens Rosenstraße 5.

. 17. März 1921.

te fest

Geld tadellose erst-
nach Maß zu liefern

us A. Kurze
6
änder, Linie 2 und 6

Reichenbach
ochum Wittenerstr. 30
ernimmt
e - Fuhren aller Art.
Kessel - Transporte.

peten
n von Mk. 1,75 an.
ve. Levy.
Tapeten-Lager
am Alten Markt,
er um die Ecke.
ch die Darmbiestraße.
Fahrt wird vergütet.

Mathilde Richter
prechstunden: 9—12 vorm.
Sonntags 10—12 Uhr.
ungen, Anfertigung künstl.
cke, Reparaturen.
enloser Zahnersatz

Klimaschewski
bergerstr. 1
ruf 3031.
liefern:
u. Hüttenbedarfs-
rkzeuge, Werk-
en, Ersatzteile:
uttern u. Faconteile
e Industriezweige.
che Oele und Fette.



e Maschine, die
rauchen
verbindlich Druckschrift
General-Vertreter
bedarfs-Gesellschaft
eodor Hess & Co
aum, Friedrichstr. 22

büte
hoch-
der
ik H. Hort
5.

Nr. 64. Zweites Blatt. **Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Donnerstag, 17. März 1921

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Bochum, 17. März.

Die neue Ortsklasseneinteilung für die Beamtenbesoldung gesichert. Aus dem Büro der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter wird uns geschrieben: Die vorläufige Neuregelung des Ortsklassenverzeichnisses wird unmittelbar nach Ostern durch Notgesetz erfolgen. Eine Annahme des Gesetzes im Reichsrat dürfte ohne weiteres gesichert sein. Die Beträge werden rückwirkend vom 1. April 1920 ab schon bald nach Ostern ausgezahlt werden. Die endgültige und abschließende Regelung erfolgt spätestens bis zum 1. Oktober d. J. Nach dem Ergebnis der bisherigen Verhandlungen können wir für Rheinland und Westfalen auf ein günstiges Ergebnis rechnen.

* **Behördliche Mißachtung der Rechtsprechung eines Sondergerichts.** Nach dem Erlaß der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 sind im Laufe der letzten Jahre zwischen den Arbeitern und Angestellten der verschiedenen Berufszweige, vertreten durch ihre Organisationen, und den Arbeitgebern bezw. ihren Verbänden „Tarifverträge" abgeschlossen worden, die vor allem die Besoldung der Arbeiter und Angestellten regeln und Einrichtungen für schleunige Entscheidungen der sich bei Durchführung der Vertrags- und Tarifbestimmungen ergebenden Streitigkeiten an Stelle der ordentlichen Gerichte vorsehen. Auch für die in Betrieben und Verwaltungen des Reichs und Preußens beschäftigten Angestellten ist ein solcher Tarifvertrag am 4. Juni 1920 zwischen den Reichs- und den preußischen Regierungen einerseits und den Angestelltenorganisationen andererseits abgeschlossen worden. Er sichert den in privatrechtlichem Dienstverhältnis bei Reichs- und Staatsbehörden stehenden Angestellten, die jederzeit nach vorausgegangener Kündigung entlassen werden können und auch im höchsten Dienstalter nicht ruhegehaltsberechtigt werden, im allgemeinen dieselben Gehälter, Ortszuschläge und Teuerungszulagen zu, die in den Beamtendiensteinkommengesetzen für die eine gleichartige oder ähnliche Tätigkeit ausübenden pensionsberechtigten Reichs- und Staatsbeamten festgesetzt sind. Zur schnellen Entscheidung von Streitigkeiten bei ungerechter Bewertung der Tätigkeit von Angestellten gegenüber den in Vergleich zu ziehenden Arbeitsleistungen von Beamten ist nach § 8 dieses Tarifvertrages ein bei dem Reichsarbeitsministerium gebildeter „Paritätischer Ausschuß für Reichs- und Staatsangestellte" berufen, dessen mit Vertretern der Behörden und Arbeitnehmerbeisitzern paritätisch besetzte Spruchkammern unter einem unparteiischen Vorsitzenden als erste und letzte Instanz Recht sprechen. In der Praxis mehren sich nun die Fälle, daß Behörden gegen die klaren Bestimmungen des Tarifvertrages verstoßen und, wenn die angerufenen Spruchkammern des Paritätischen Ausschusses in ihren Entscheidungen dies feststellen und den klagenden Angestellten Gerechtigkeit widerfahren lassen, sogar über die ergangenen Entscheidungen sich hinwegsetzen. Ein solcher Fall hat sich unlängst auch bei der Reichshauptbank in Berlin ereignet. Aehnliche Fälle haben sich nach eingegangenen Berichten auch bei anderen Verwaltungen ereignet. Ein solches Verhalten von Amtsstellen untergräbt das Vertrauen in die Vertragstreue der Behörden. Auf die nachgeordneten Verwaltungen dahin einzuwirken, daß sie die von den Reichs- und Staatsregierungen durch ihre Unterzeichnung des Tarifvertrags kund gegebene Absicht, den berechtigten Wünschen der Angestellten bei den Reichs- und Staatsbehörden gerecht zu werden, hinfort nicht mehr durchkreuzen, ist unabweisbare Notwendigkeit. Auch die Oeffentlichkeit hat ein lebhaftes Interesse daran.

= **Wegfall geschäftsfreier Sonntage.** Zwischen den Arbeitgeber- und Angestelltenverbänden im Bereiche des Handelskammerbezirks Bochum ist vereinbart worden, daß die bisherigen Ausnahmesonntage vor Ostern, Pfingsten und im Oktober künftig in Wegfall kommen.

× **Aufhebung des bisherigen Bezugsmarken-Systems für Brennspiritus.** Nach Mitteilung des Reichsmonopolamts für Branntwein zu Berlin, läßt die Aufhebung der noch bestehenden Beschränkungen für den Bezug von Brennspiritus und damit den Fortfall des bisherigen Bezugsmarken-Systems zu. In Zukunft kann deshalb jeder Verbraucher seinen Bedarf an Brennspiritus bei den bekannten Verkaufsstellen ohne Bezugsmarken decken.

* **Außerordentlicher Verbandstag des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten.** Die von 137 Vertretern aus allen Teilen des Reichs, auch aus den besetzten Gebieten, besuchte Tagung stand am ersten Verhandlungstage, Montag, 14. März, völlig unter dem Zeichen der ungeheuren und tiefgehenden Erregung, in die die mittlere Postbeamtenschaft durch ihre unbefriedigende Einstufung in die Besoldungsordnung und durch die von der Postverwaltung geplante Neuordnung der Personalverhältnisse versetzt worden ist. Der Vortrag des Verbandsvorsitzenden Gottschalk über die Entwicklung der Besoldungs- und Personalreformfrage gab Anlaß zu wiederholten stürmischen Kundgebungen gegen die Haltung der Regierung. Einmütig trat die Ansicht zutage, daß mit einer solchermaßen behandelten und verärgerten Postbeamtenschaft ein Wiederaufbau unseres Postwesens und damit auch unserer gesamten Volkswirtschaft nicht möglich sein könne. Ebenso einmütig wurde der neue Personalordnungsentwurf der Postverwaltung abgelehnt. Ueber den Zusammenschluß aller Postfachverbände zu einer Einheitspostgewerkschaft sprach in längerem, den Aufbau und die beabsichtigte Gliederung dieser Reichspostgewerkschaft behandelnden Vortrag der zweite Verbandsvorsitzende Schneider unter allgemeiner Zustimmung. Der Beisitzer im Verbandsvorstande Gronefeld behandelte den Gesetzentwurf über Beamtenvertretungen, indem er dabei die Entwürfe der bayerischen Regierung und des Deutschen Beamtenbundes sowie die Frage, ob Beamtenräte oder Beamtenkammern, eingehend untersuchte.

⊙ **Vom Tage.** Montag nachmittag wurde an der Unterführung am Hauptbahnhof eine Taubstumme von einem Motorradfahrer überrannt. Sie erlitt einen Beinbruch und schwere Kopfverletzungen. — Auf einem Sägewerk an der Hofstederstraße wurde der Platzarbeiter Kurt B. beim Transport von Rundholz mittels Seiles von einem Holz getroffen. B. erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels und mußte im Krankenhause Aufnahme finden. — Im Hochofenbetrieb eines hiesigen Werks strauchelte der Apparatenreiniger Adolf D. gegen eine Treppe und stürzte mit dem Kopfe gegen eine Wand, wodurch er sich eine Gesichtsverletzung zuzog, die seine Ueberführung ins Krankenhaus erforderte. — Der Markt auf dem Wilhelmsplatz wies gestern einen sehr guten Besuch auf. Gemüse war noch reichlich vorhanden. Das Angebot überstieg noch immer die Nachfrage. Dieselbe Wahrnehmung konnte man bei den Fischständen machen. Eier waren in großer Menge vorhanden. Schöne große Bauereier wurden mit 1,50, sogar mit 1,40 Mark abgesetzt. Gern gekauft werden schon Sämereien, auch Pflanzen fanden guten Absatz.

⊙ **Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge,** Ortsgruppe Bochum-Stadt. Unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Minde fand gestern abend die erste Mitgliederversammlung statt. In eingehender Weise gab der Vorsitzende Aufschluß über Zweck und Ziele des „Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge". Er ist die von den staatlichen Behörden anerkannte Organisation, die sich um Pflege und Schmuck der Kriegergräber im In- und Auslande bemüht und den Hinterbliebenen der Gefallenen Auskunft in allen Fragen erteilen will. Der Volksbund erwartet, daß alle Volksgenossen, ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Partei sich zusammenschließen, einig dahin streben, daß die vaterländischen und ethischen Ziele erreicht werden. Dazu beitragen möge jeder, der einen Gefallenen betrauert, aber auch jeder, dem das große Leid erspart blieb. Im Anschluß fand die endgültige Gründung einer Ortsgruppe einstimmig statt. Eine Anzahl Mitglieder und Vereine traten ihr sofort bei. Mitglied kann ein jeder werden, der einen jährlichen Beitrag von 6 Mark oder einen einmaligen von 100 Mark leistet. Auch Körperschaften können Mitglied werden, soweit sie rechtsfähig sind. Die Vorstandswahl ergab das folgende Ergebnis: Landgerichtsdirektor Minde 1. Vors., Häuschen, Sekretär der christl. Gewerkschaften, 1. stellv. Vors., Reinshagen 2. stellvertr. Vors., Kleeberg 1. Schriftf., Kaufmann Hannen 2. Schriftführer, Prokurist Buhlmann, 1. Kassenführer, Innungsausschuß-Vorsitzender Schrader 2. Kassierer. Beisitzer: Dr. Tegeler, Frau Regierungsrat Watrer, Frau Oberbürgermeister Graff, Frau Professor Stentrup, Frau Geheimrat Baare, Frau Justizrat Römer, Frau Barenberg vom Zentralverband. Werbestellen bestehen vorerst bei Georg Leipert, Hochstraße für und Dr. Tegeler; weitere Werbestellen auch für Damen können angemeldet werden. Im Verlauf der Versammlung trat Pfarrer Leich-Harpen Vorsitzender der Ortsgruppe im Landkreis Bochum für die edlen Bestrebungen des „Volksbund" ein und empfahl, daß beide Ortsgruppen sich gegenseitig unterstützen möchten, um gemeinsam an der schönen Zielen arbeiten zu können. Mit dem Wunsche, immer weiter für die edle Sache zu arbeiten zu werben von Mund zu Mund, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

⊙ **Bochumer Krieger- und Landwehrverein, 1. Bezirk.** Im Vereinslokale Fritz Velten hielt der 1. Bezirk seine Versammlung ab. Sie wurde in Verhinderung des ersten Vorsitzenden vom Kameraden Kolle eröffnet. Die Kassengeschäfte fanden glatte Erledigung. Reichen Beifall fand ein Lichtbildervortrag des Kameraden Wilhelm Hussmann über seine Gefangenschaft während des Weltkrieges in Frankreich und auf Korsika. Ein Familienfeier verschönte den Abend. Die Gesangabteilung erntete auch hier wieder wohlverdienten Beifall.

Polizeibericht. Zur Anzeige gelangte eine Person wegen Uebertretung des § 361,6 des R.-Str.-G.-B. — Festgenommen wurde eine Person wegen Diebstahls. — Festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt wurde ein Mann, der sich als Kriminalbeamter ausgegeben hat, um Amtshandlungen vorzunehmen. Obwohl seine vorgelegten Ausweise als unzulänglich und falsch erkannt worden sind, ist es dem Täter doch in einem Falle gelungen, ein unerfahrenes und leichtgläubiges Mädchen zu betören, um alsbald eine Vergewaltigung vorzunehmen. Es sei hier nochmals darauf hingewiesen, daß jeder Kriminalkommissar und -Wachtmeister eine metallene numerierte Erkennungsmarke und außerdem noch eine mit Dienstgrad, Namen und Photographie versehene, von der Polizeidirektion ausgestellte Ausweiskarte besitzt und die Bezeichnung Kriminalbeamter nur eine allgemeine ist und nicht ausweist.

⊙ **Artillerie-Verein Bochum.** Zu einem Vortragsabend hatten sich die Kameraden des Vereins der Schwarzkragen und des Schwestervereins der Pionniere und Verkehrstruppen mit ihren Angehörigen zahlreich eingefunden. Pfarrvikar Scharlewski aus Harpen entwarf ein Bild über seine Gefangenschaft in Serbien. Der zweite Punkt des Vortrags brachte eine lebendige Schilderung des Lebens der Türken. Im weiteren Verlaufe seines Vortrages sprach der Redner über die Religionsübungen der heulenden Derwische und schilderte die Fruchtbarkeit des Landes, das viermal im Jahre erntet. Mit einem Rückblick auf unsere heutige politische Lage und die Londoner Beschlüsse endete der Vortrag. Der Vorsitzende, Kamerad Haßenpflug dankte dem Vortragenden und schloß den Abend mit einem Hoch auf unser schwer geprüftes Vaterland.

Die Finanznot der deutschen Gemeinden

Nach dem Beschluß des Steuerausschusses des Reichstages soll es den Gemeinden in Zukunft nicht mehr gestattet sein, das von der Reichseinkommensteuer nicht erfaßte Mindesteinkommen zu besteuern. Bis jetzt haben sie bekanntlich die Möglichkeit gehabt, die 1500 Mk., die für jeden Steuerpflichtigen und die 500 Mk., die für jeden seiner Angehörigen frei bleiben, ihrerseits mit einer Steuer zu belegen, und sie haben davon angesichts ihres gewaltigen Finanzbedarfs vielfach Gebrauch gemacht. An sich ist es zwar ein Widerspruch, daß die Reichsgesetzgebung ein gewisses Einkommen nicht besteuert, gleichzeitig aber den Gemeinden das Recht gibt, dieses Einkommen zu erfassen. Aber nachdem die Gemeinden sich einmal auf diese Einnahme eingerichtet haben, muß ihnen, wenn ihre Finanznot sich nicht noch vergrößern soll, Ersatz für den Ausfall geboten werden. Der Reichstag beabsichtigt ja auch, entsprechende Vorschläge zu machen, die allerdings im einzelnen noch nicht bekannt sind.

Die Einnahmen der Gemeinden haben durch die neuere Steuergesetzgebung des Reichs eine so empfindliche Einbuße erlitten, daß sie unmöglich ihre großen kulturellen und sozialen Aufgaben erfüllen können. Ein Zuschlagrecht zur Reichseinkommensteuer besitzen sie nicht. Realsteuern von Grundvermögen und Gewerbebetrieb können sie zwar erheben, aber es hängt von dem Willen der Landesgesetzgebung ab, ob sie ihnen die Erträgnisse aus diesen Steuern überlassen, oder ob das Land sie für sich selbst beanspruchen will. Ebensowenig wie zur Einkommensteuer dürfen sie zur Reichserbschaftssteuer Zuschläge erheben; die Länder erhalten 20 Proz. des Steueraufkommens auf Grund des Erbschaftssteuergesetzes vom 10. September 1919, die Gemeinden sind darauf angewiesen, ob und welchen Anteil die Länder ihnen überlassen wollen. Auch darüber, welchen Anteil von der Grunderwerbssteuer die Länder den Gemeinden zuweisen wollen, bestimmen die Länder selbst. Nur diejenigen Gemeinden, die bereits vor dem 1. Januar 1918 Abgaben der im Grunderwerbssteuergesetz geregelten Art erhoben haben, erhalten bis zum 31. März 1923 eine Sonderzuweisung aus dem in ihrem Bezirke aufkommenden Reichsanteil in Höhe von einem Viertel dieses Anteils. Außerdem ist den Gemeinden mit Genehmigung der Länder die Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbssteuer gestattet. Vorbehalten ist den Gemeinden lediglich die Vergnügungssteuer, zu deren Erhebung sie sogar verpflichtet sind, und endlich steht ihnen noch ein gewisser Anteil des Aufkommens aus der Umsatzsteuer zu.

All das reicht auch nicht entfernt aus, um den Finanzbedarf der Städte zu befriedigen. Nur so ist es erklärlich, daß die Gemeinden zur Einführung von Steuern aller Art schreiten, die gewöhnlich recht unbeliebt und manchmal auch bedenklich sind und deshalb von den Aufsichtsbehörden nicht genehmigt werden. Die Besteuerung des Haltens von Dienstboten, der überflüssigen Wohnräume, der Musikinstrumente, des Wagenverkehrs und dergleichen geschieht in den meisten Fällen nur deshalb, weil die Gemeinden sich nicht anders zu helfen wissen. Mit solchen Palliativmitteln ist es aber auf die Dauer nicht getan. Was not tut, ist eine völlige Umgestaltung der Reichssteuergesetze nach der Richtung hin, daß auch die Gemeinden endlich auf ihre Rechnung kommen. Geschieht das nicht, so ist die Gefahr der Verkümmerung mehr als einer Gemeinde in greifbare Nähe gerückt.

Aus dem Landkreise Bochum.

Wettmar, 16. März. In der Gemeinderatssitzung wurde der Bewilligung höherer Pflegesätze für das Elisabeth- und Augustakrankenhaus zugestimmt. Ab 1. Februar betragen die Pflegesätze für Erwachsene 25,50 Mark und für die Kinder 19 Mark pro Tag. Für die Verbände beim mattreuer Oberschlesier wurden 1000 Mark bewilligt. Zur Errichtung einer Jugendherberge auf Hohenzollern wurden 200 Mark überwiesen. Für die beschlossene Gewerbepflichtfortbildungsschule wurde das Ortsstatut festgesetzt und der Schulvorstand gewählt. Die Tätigkeit der Fortbildungsschule beginnt voraussichtlich am 1. Juli. Gleichzeitig wurde der Schulvorstand für die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen gewählt und zum Gemeindearzt Dr. Krüger aus Neustrelitz. Zugestimmt wurde dem Antrag, in Lippspringe im Interesse der Lungenfürsorge fünf Betten für die Gemeinde zu reservieren. Ab 1. Februar erhöhen sich die Gaspreise für Kleinverbraucher auf 75

Die dumme Ruth.

Von **Adelheid Weber.**

29) (Nachdruck verboten.)

Die beiden kleinen Verbrecherinnen standen jede in einer anderen Ecke da und heulten laut. Das dauerte eine Weile; dann schwiegen sie wie auf Verabredung und trippelten langsam aufeinander zu. — Wollten sie einander wieder anfallen?

Nein, Regine nahm die Hand Brigittens, besah die blutige Spur ihres Bisses, führte sie dann an ihre Lippen und blies darüber, wie Mama es den Kindern bei kleinen Wunden tat. Brigitte besah zufrieden ihr Händchen, lief dann ein Stückchen, nahm etwas vom Boden, was wohl ausgerauftes Haar sein mußte, und steckte es sehr sorgfältig Reginchen zwischen das festgebliebene Haar. Darauf holten sie Fußbänke und Stühle herbei und spielten „Reisen".

Und so spielten sie den ganzen Tag ohne Spielsachen einträchtiger und vergnügter denn je miteinander.

Sie waren nun in den glücklichsten Jahren ihres Lebens — glücklich für sie, die das Leben immerfort neu entdeckten, glücklich für die Mutter, die in ihnen selbst immer neue Wunder wahrnahm. Merkwürdigerweise schien Reginchen eine Art von Bewußtsein dieses Glückes zu haben, denn sie äußerte mit einer gewissen Heftigkeit oft die Absicht, immer klein zu bleiben, während Brigitte bald so groß wie Papa werden wollte. Als Ruth fragte, warum sie denn so rasch wachsen wolle, besann sie sich ein Weilchen und sagte dann — sie hatte vor kurzem einen Klaps auf die vorwitzigen Händchen bekommen: „Wenn Ditta doß is, braucht Mama sie nicht mehr hauen." Und nach einer Pause: „Dann haut Ditta Mama."

Aber, was schon jetzt in ihr reines Glück dunkle Schatten warf, war die stete Sorge um Reginens Gesundheit. Wenn auch keine Krankheit von der unmittelbaren Gefahr der damaligen sie in Todesangst versetzte, so war doch Reginens Herz schwach und empfindlich geblieben, und bei den Anfällen von böser Angina, die das Kind ein- oder zweimal in jedem Jahre zu erleiden hatte, waren es immer das Herz und die Angstanfälle, die seine Erregbarkeit veranlaßten, die Ruth mit Furcht erfüllten. An ihren Gatten hatte sie in solchen Fällen keine Stütze; im Gegenteil reizte ihn ihre Sorge um das Kind entweder zu heftigen Eifersuchtsausbrüchen, oder er fuhr nach Königsberg, wie um „dem ewigen Gemaunze" zu entgehen, und kam oft erst spät in der Nacht heim. Dann dachte Ruth jener ersten Krankheit Reginens und ihres Helfers und wünschte ihn mit allen Fibern ihres geängstigten Herzens herbei. Aber sie meinte, er sei ihr nur der hohe Mensch und gütige Arzt gewesen und wußte nicht, wie damals ihr Herz auf dem Wege zu ihm gewesen war.

Sie war ihm in diesen Jahren niemals begegnet; doch hörte sie von ihm und las in der Zeitung, daß sein Buch über Serumforschung Aufsehen in der medizinischen Welt gemacht habe, daß für ihn ein Lehrstuhl für Bakteriologie an der Königsberger Universität neugeschaffen und ihm das ebenfalls neuerrichtete bakteriologische Institut, das der Universität angegliedert wurde, untergeben ward. So war ihr Freund und Helfer nun ein berühmter Gelehrter geworden, und sie fand es natürlich, daß er auf ihres Mannes wiederholte Einladung bedauernd antwortete, seine Arbeit erlaube ihm leider keine Ausflüge aufs Land.

Sie hatte ihm einen kleinen Thron ganz im Hintergrund ihres Denkens gebaut — und ließ ihn dort im Halbdämmer sitzen. Wollten aber ihre Gedanken doch in diesen geheiligten Winkel dringen, so flüchtete sie sich zu den Kindern, deren erwachender Intellekt sie oft genug beanspruchte.

Sie kamen jetzt in das Alter der metaphysischen Fragen, wenn man es so nennen kann, daß ihre Wißbegier die Unerforschlichkeiten der Welt anknabberte.

Zum erstenmal länger abends draußen, sahen die Kinder den Sternenhimmel. Die jetzt fünfjährige Regine war ganz still vor Entzücken. Brigitte klatschte in die Hände. Aber dann kamen Regine Bedenken.

„Mama, wenn nun aber die Sterne vom Himmel herunterfallen und uns auf den Kopf fallen?"

„Sie fallen nicht, mein Kind."

„Wer hält sie denn fest, Mama?"

„Der liebe Gott."

„Alle Sterne am ganzen Himmel?"

„Ja."

Bewundernd: „Muß aber der liebe Gott eine große Hand haben!"

Brigitte hatte zugehört und dachte nun weiter.

„Mama, ist der liebe Gott oben angekettet, oder ist er lose?"

Solche Fragen zu beantworten, wird einer Mutter unserer Zeit, die über alle Geheimnisse des Lebens und der Natur schon das Wickelkind aufklärt, vielleicht schwerer als Ruth. Diese noch ganz unmoderne Mutter erklärte aber ihren Kindern nicht, was über die Fassungskraft nicht nur ihres kleinen Kopfes, sondern ihrer jungen, zarten Seele ging, und gab ihrer Einfalt die einfältigen Antworten, die ihnen Umrisse zeichneten, die sie fürs erste befriedigten, ihre kleinen Nöte beschwichtigten, ihr Nachdenken anregten, ihre Seele mit Bildern der Schönheit und Güte füllten und später durch ihre wachsende Erkenntnis korrigiert und ausgefüllt werden konnten. Und sie hatte den Glauben, es sei weniger erheblich, ob sich der Geist an mehr oder weniger augenblicklich als wahr angenommenen Erkenntnissen, als daß er sich überhaupt nachdenkend betätige.

Und dann kamen die ersten wirklich metaphysischen Fragen: „Mama, wie lange lebt der liebe Gott?"

Und: „Wer hat den lieben Gott gemacht?"

Und die waren schwerer zu beantworten.

O, die glückselige Zeit, da die Kinder noch klein sind, und die Mutter ihnen alles ist und alles sein kann — Glück ohne Schatten, ohne Fehl und Reue — und die wie alles vollkommene Glück kurz währt und niemals wiederkehrt!

Als Ruths Kinder sieben und sechs Jahre alt waren, starb die Pastorin.

Ruth war vom Begräbnis heimgekehrt, und die Kinder setzten ihr unterbrochenes Spiel fort. Und was spielten sie? Begräbnis.

Sie hatten eine matte Winterfliege gefangen und in eine Pillenschachtel gesetzt, wo sie jetzt leise brummte. Diesen kleinen Sarg trugen sie zu einem Häufchen Fichtenzweiglein, die der Kuhjunge ihnen aus dem Walde hatte bringen müssen, und gruben ihn dort forsam hinein, wobei die Fliege mit Gebrumm ihr eigenes Grablied sang.

Wovor Ruth die Kinder hatte hüten wollen, als zu groß und erschütternd für die kleinen Seelen, das hatten sie nun doch erfahren und erfragt — und ein Spiel daraus gemacht. Denn die Kinderseele, die das allzu Große nicht erträgt, macht es darum klein.

Als sie mit dem Begräbnis fertig waren, flüsterten die kleinen Schwestern miteinander, kamen dann zu Ruth und stellten sich einträchtig nebeneinander vor sie hin, wie sie es bei wichtigen Fragen zu tun pflegten.

Dann, die Arme auf den Schoß der Mutter und die schönen, grauen Augen andächtig lauschend zu ihr erhoben, begann Regine, die wie immer die Anfangssprecherin machte: „Mama, wenn die Fliege nun begraben ist, wird sie doch ein Fliegenengel? Wird sie nun ein schwarzer oder ein weißer?" Ruth stimmte für den weißen, was Reginchen sehr befriedigte. Sie hatte aber noch eine weitere Frage: „Mama, Frau Annchen sagt, wenn — ich tu' es ganz gewiß nicht — aber wenn ein Kind sehr ungezogen ist und die Mutter schlägt, dann wächst ihm die Hand aus dem Grabe. Und wenn ein kleines Mädchen die Mama schimpft, dann wächst ihm die Zunge aus dem Grabe. Ist das wahr?"

Ruth bejahte.

„Und jeder, der vorübergeht, wirft einen Stein auf die Hand und einen auf die Zunge?"

(Fortsetzung folgt.)

Bismarckhütte 70 und für die Eisenbahn auf 72 Pfennig.

Baer, 16. März. Deutsche Volkspartei. In der letzten Zusammenkunft der hiesigen Jugendtruppe der Deutschen Volkspartei hatten sich die Mitglieder recht zahlreich im Vereinsheim Wwe. Schulte eingefunden. Um 8 Uhr eröffnete Herr Birkemeyer die Versammlung und gab einen kurzen Ueberblick über die augenblickliche politische Lage und das Verhalten der Franzosen in den neu besetzten Städten. Danach hielt Herr Oberländer einen Vortrag über das Thema: „Nach uns die Sintflut", welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Dann wurde der geschäftliche Teil erledigt, an dem sich eine rege Aussprache anschloß. Zur ersten Kassiererin gewählt wurde Frl. Stemmann. Der Monatsbeitrag beträgt jetzt 1 Mark. Beschlossen wurde noch, am kommenden Sonntag einen Ausflug nach Bommern zu unternehmen.

Aus der Nachbarschaft.

Witz, 16. März. Das Abflämmen alter Grasflächen und Dornenhecken hat hier zur **Verrichtung eines Hauses** geführt. In dem vorliegenden Falle war ein Brombeergestrüpp angesteckt worden, die Funken stoben, und auf einmal brannte das Haus der Wwe. Thurm im Gestickelte lichterloh. Da die Brandhilfe etwas lange auf sich warten ließ, so fiel nicht nur das Haus, sondern auch ein Teil der Habe seiner Bewohner dem Feuer zum Opfer.

Aus den Provinzen.

Gelsenkirchen, 15. März. Der Deutsche Gärtnerverband hielt hier seine Gruppenversammlung ab, die aus Rheinland, Westfalen, Hannover und Oldenburg beschickt war. Nach einem Referat von Mestre-Essen über die Tätigkeit des Verbandes wurden Berufsfragen behandelt. Die Tagung beschloß, Vorarbeiten für einen neuen Tarifvertrag in die Wege zu leiten. Als Vorsitzender des Gauvorstandes wurde Frühhoff-Essen gewählt.

Recklinghausen, 16. März. Eine Kohlenschiebung vor Gericht. Eine umfangreiche Kohlenschiebung wurde gegen den Wagenschreiber Karl Kowalczik, den Handlungsgehilfen August Schubert, beide aus Langenbochum, Zugführer Wilhelm Koch von Datteln, Kaufmann Theodor Witzer aus Duisburg, den Drogisten Max Schroedter zu Westerholt und den Kaufmann Jos. Ehlen aus Düsseldorf abgeurteilt. Bei einem zufälligen Zusammentreffen in Duisburg trat Ehlen an Schroedter mit dem Ansinnen heran, ihm Kohlen und Koks unter der Hand zu beschaffen. Er möge mit Zechenbeamten in Verbindung treten. Schroedter besprach sich mit Kow., der sich bereit erklärte, mit Schubert von der Zeche Schlägel und Eisen Kohlen und Koks waggonweise zu entwenden. Eine erneute Zusammenkunft im Cafe Kronprinz zu Duisburg, an der Witzer, Ehlen und Schroedter teilnahmen, stellte den Verschiebeplan fest. Die Entwendung und Verschiebung erfolgte durch die Zechenangestellten Kowalczik, Schubert und Koch mit Hilfe gefälschter Frachtbriefe, Wiegezettel und Wagenbeklebungsformulare. Auf diese Weise wurden 5 Waggon Kohlen verschoben. Sie gingen durch Vermittelung des Ehlen an zwei Düsseldorfer und Hildener Werke. Von dem Erlös des ersten Wagens erhielt Ehlen 700, Witzer 500, Schroedter 600 Mark, 1800 Mark Schubert, 3600 Mark Kowalczik und Koch. Die Verteilung des Erlöses der übrigen Wagen erfolgte in derselben Weise. Um den Erlös des 5. Wagens wollte Ehlen die übrigen Beteiligten betrügen, was er auch fertig brachte und so den ganzen Erlös von 7200 Mark einsteckte. Der Angeklagte Koch verdiente an der Gesamtschiebung 5000 Mark. Die Strafkammer verurteilte Kowalczik und Koch zu 9 Monaten Gefängnis, Schubert und Ehlen zu je 10 Monaten, Witzer und Schroedter zu je 6 Monaten Gefängnis.

Herrichenburg, 16. März. Ein dicker Schädel. Die Strafkammer Bochum verurteilte die Ehefrau des Bergmanns Kubiak von hier wegen gefährlicher Körperverletzung ihres Ehemanns zu 9 Monaten Gefängnis. Das Familienleben der Eheleute hatte schon zu manchen Prügelscenen geführt. Als eines Abends der Ehemann seine Frau mit einem Kinderstuhl verprügelt hatte, fiel in der folgenden Nacht die Frau mit einem Beil über den schlafenden Mann her, dem sie mehrere Schläge auf den Kopf versetzte. Im Glauben, ihren Mann getötet zu haben, zog sie sich in die Küche zurück. Nach zwei Stunden kam auch der Ehemann aus der Kammer und klagte über Zahnschmerzen. Die Frau legte ihm einen Kopfverband an. In Wirklichkeit war der Kopf übel zugerichtet worden. So war durch den Beilhieb das rechte Ohr zum Teil vom Kopf getrennt.

Duisburg, 16. März. Fahrkartenschwindel. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatten sich in zweitägiger Verhandlung 13 Eisenbahnbeamte und Eisenbahnangestellte des Duisburger Hauptbahnhofs wegen Fahrkartenschwindeleien zu verantworten. Durch diese Schwindeleien sind dem Eisenbahnfiskus ganz gewaltige Summen veruntreut worden, nach Schätzung eines Sachverständigen 2 Millionen Mark. Der Hauptangeklagte, der Eisenbahnunterassistent Kautz, erhielt vier Jahre Zuchthaus, zehn Angeklagte Gefängnisstrafen zwischen einem Jahre drei Monaten bis drei Jahre, ein Angeklagter sechs Monate Gefängnis, ein Angeklagter wurde freigesprochen. Bei sieben Angeklagten wurde außerdem auf drei Jahre Ehrverlust erkannt.

Bonn, 16. März. Kein Musikfest. Der Ausschuß für das große Bonner Musikfest, das als Nachfeier von Beethovens 150. Geburtstag in der diesjährigen Himmelfahrtswoche veranstaltet werden sollte, beschloß einstimmig, wegen der politischen Lage das Fest in diesem Jahr ausfallen zu lassen.

Sport-Rundschau.

Internationale Spielwoche des Spiel-Vereins Viktoria Recklinghausen vom 26. Juni bis 3. Juli.

r. **Recklinghausen, 9. März.** Der Spielverein Viktoria Recklinghausen wird in der Zeit vom 26. Juni bis 3. Juli eine internationale Sportwoche veranstalten. Diese Veranstaltung wird wohl eine der größten sportlichen Ereignisse in Deutschland werden. Die Woche wird eingeleitet durch einen größeren Eröffnungsabend, bei dem Dr. Bauwens (Köln) einen Vortrag über die deutsche Sportbewegung halten wird. Der 26. Juni beginnt mit größeren Fußballspielen. Morgens spielen die 3. und 4. Mannschaft gegen die gleichen Mannschaften des Turnvereins 48 Bochum. Mittags 1 Uhr spielt die 1. Jugendmannschaft des Essener Turnerbundes, daran anschließend die Ligareservemannschaft gegen die gleiche Mannschaft des Kölner Ballspielklubs. Hiernach spielt die Ligamannschaft gegen eine ausländische Mannschaft, und zwar schweben noch Verhandlungen mit dem Ferenczvarosi Torna Club Budapest, Boldklubben 03-Kopenhagen, F. C. Zürich und Old-Boys-Basel. Gleichzeitig beginnen am Sonntag die Ausscheidungsspiele im Tennisturnier. Auch hier schweben Verhandlungen mit den besten deutschen Tennisspielern, u. a. mit Kreuzer und Froitzheim. Am Montag finden noch Handballspiele statt. Am Dienstag sind Jugendwettkämpfe. Den Abschluß bildet ein Propagandaspiel der alten Herrenmannschaft gegen den Spielverein Hamm. Am Mittwoch, 29. Juni (Peter und Paul), finden morgens Ausscheidungsspiele im Hockeyturnier statt. Gegner sind hier: Preußen-Duisburg, Düsseldorf 99, Köln 99, Sportklub M.-Gladbach, Essener Turnerbund und Viktoria-Recklinghausen. Die beiden Sieger aus diesen Vorspielen treten sich nachmittags im Endspiel gegenüber. Hieran anschließend spielt die Ligamannschaft Viktoria gegen einen ausländischen Verein. Am Donnerstag und Freitag kommen Spiele im Faustball, Schlagball und Tamburinball zum Austrag, während am Samstag große nationale Damenwettkämpfe ausgetragen werden. Der 3. Juli bildet den Höhepunkt und gleichzeitig den Abschluß durch internationale leichtathletische Wettkämpfe. Zusagen liegen bereits vor vom Wiener Athletikklub und von Blau-Witt-Amsterdam. Die beste deutsche Klasse wird bestimmt am Start sein.

Wetternachricht.

Donnerstag, 17. März. (Amtlich.) Meist trocken, zeitweise heiter, tagsüber mild.

Das beste Küchenhilfsmittel ist MAGGI's Würze

in Feinheit des Geschmacks, in Ausgiebigkeit und deshalb in Billigkeit.

Vorteilhaftester Bezug in Flaschen Nr. 6; man achte auf unversehrten Plombenverschluß.

In der Strafsache

gegen den Kantinenwirt Dominik Maziere in Bochum, Hattingerstraße 98, geboren am 28. Januar 1871 in Kiert, Provinz Dorino (Italien), verheiratet, wegen Schleichhandels hat das Wuchergericht beim Landgericht in Bochum in der Sitzung vom 10. Januar 1921 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Schleichhandels zu 14 Tagen Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle für je 15 M. ein Tag Gefängnis tritt, verurteilt.

Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last. Der erkennende Teil des Urteils ist auf Kosten des Angeklagten in den hiesigen Bochumer Zeitungen (Märkischer Sprecher, Bochumer Anzeiger, Westfälische Volkszeitung und Volksblatt) einmal öffentlich bekannt zu machen.

Die Richtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt.

Bochum, den 17. Januar 1921.

Clauß, Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Stadt Bochum.

Bekanntmachung.

Ortsansässige selbständige Bauhandwerker, welche städt. Unterhaltungsarbeiten des Hochbauwesens im Rechnungsjahre 1921 zu übernehmen bereit sind, wollen sich in die im Hochbauamte ausliegende Liste eintragen.

Ferner sollen in Submission vergeben werden:

1. Die Erdarbeiten für die Bedürfnisanlagen pp. in der evangl. Schule an der Mühlenstraße,
2. die Abbruchsarbeiten des alten Abortgebäudes daselbst,
3. die während der Osterferien auszuführenden Anstreicherarbeiten in den städt. Schulen.

Verdingungsunterlagen hierauf können im Hochbauamt, Viktoriastraße 6, Zimmer 39, eingesehen und, soweit der Vorrat reicht, gegen Erstattung der Unkosten von dort bezogen werden.

Preis zu 1. und 2. = 3 M. je Stück,
Preis zu 3. = 8 M. je Stück.

Verschlossene, mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis zum Dienstag, den 22. d. Mts. einschl. dem Hochbauamt, Viktoriastraße 6, Zimmer 39, einzureichen.

Bochum, den 12. März 1921.

Das Stadtbauamt.

Landkreis Bochum.

Pachtpreise für Kleingärten.

Auf Grund des § 1 der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919 werden für den Landkreis Bochum unter Aufhebung meiner Anordnung vom 21. September 1919 folgende Pachtpreise festgesetzt:

Für eine Quadratrute Gartenland, je nach Lage und Güte des Grundstückes ein jährlicher Pachtzins von höchstens 1,40 M. und für eine Quadratrute Feldland je nach der Güte des Bodens ein jährlicher Pachtzins von höchstens 0,90 M.

Grundstücke bis höchstens 72 Quadratruten Größe dürfen zum Zwecke nicht gewerbsmäßiger gärtnerischer Nutzung nicht zu höheren als den vorstehenden Preisen verpachtet werden.

Die vorstehend festgesetzten Preise finden nur Anwendung bei der Verpachtung von erstklassigem Boden, der sich im guten Kulturzustand befindet. Für minderwertigeres Land ermäßigen sich die Preise entsprechend. Kommt eine Einigung zwischen den Beteiligten nicht zustande, so setzt im Einzelfall auf Antrag das Kleingartenschiedsgericht des Landkreises Bochum den Pachtpreis fest.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Bochum, den 9. März 1921.

Der k. Landrat: Stühmeyer.

Stadt Wattenscheid.

Mehlausgabe. Von Freitag, den 18. d. Mts. ab wird 1 Pfund Mehl auf Kreiswarenkarte Nr. 47 und 48 zum Preise von 4,60 M. ausgegeben. Ausgabe an die Händler Donnerstag nachm. an der Gertr.-Schule.

Gemeinde Gerthe.

Bekanntmachung

Auf Grund der §§ 8 und 9 der Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 und des Artikels 1 der Verordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 5. Februar 1919, der §§ 41a und 105b der Reichsgewerbeordnung wird für den Amtsbezirk Harpen für das Jahr 1921 folgendes bestimmt:

Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Feiertagen nicht beschäftigt werden, an diesen Tagen darf auch in offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb nicht stattfinden.

Von den vorstehenden Beschränkungen sind ausgenommen:

a) folgende Tage:
die drei letzten Sonntage vor Weihnachten, der Totensonntag für den Handel mit Blumen und Kränzen, an denen in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends die zum Handelsbetrieb gehörigen Arbeiten vorgenommen werden dürfen,
b) der Handel mit Milch für die Zeit von 7—9 Uhr vormittags,
c) die Zeitungsexpedition für die Zeit von 7—9 Uhr vormittags,
d) der Handel mit Frischobst für die Zeit von 11½ Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm.,
e) der Verkauf von Back- und Konditoreiwaren für die Zeit von 11½ Uhr vorm. bis 1 Uhr nachmittags,
f) der Handel mit Blumen und Kränzen in solchen Geschäften, die ausschließlich Handel mit Blumen und Kränzen betreiben, sowie das Feilbieten dieser Gegenstände auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen und anderen öffentlichen Orten für die Zeit von 11½ Uhr vorm. bis 1 Uhr nachmittags,
g) der Handel mit Roheis von 11½ Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags,
h) den bestehenden Zeitungshandel von 11½ Uhr vorm. bis 1 Uhr nachmittags.

An den Wochentagen müssen offene Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr um 7 Uhr geschlossen werden; die beim Ladenschluß anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden.

Als Ausnahmewochentage, an denen die Geschäfte bis 8 Uhr geöffnet bleiben dürfen, werden zugelassen:

die drei letzten Werktage vor Ostern,
die drei letzten Werktage vor Pfingsten,
die letzten sieben Werktage vor Weihnachten.

Gerthe, den 21. Februar 1921.

Die Polizei-Verwaltung:
Der Amtmann.

Bekanntmachung

Der Gemüsehändler Ernst Lucas zu Gerthe, Wannerstraße 2, hat die Genehmigung zur Ansiedlung auf dem außerhalb der im Zusammenhang gebauten Ortschaft in der politischen Gemeinde Gerthe belegenen Grundstück Flur 2 Parzellen Nr. 701/29, 474/29, 478/30 der Katastergemeinde Hiltrop beantragt.

Gemäß § 16 des Gesetzes vom 25. August 1876/10. August 1904 bringe ich diesen Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß dagegen von den Eigentümern, Nutzungs- und Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen bei dem von dem Verbandsausschuß des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk beauftragten Amtmann zu Gerthe Einspruch erhoben werden kann.

Gerthe, den 14. März 1921.

Der Gemeindevorsteher: Nette.

Bekanntmachung.

Die Bergbau-Akt.-Gesellschaft „Lothringen" zu Gerthe hat die Genehmigung zur Ansiedlung auf dem außerhalb der im Zusammenhang gebauten Ortschaft in der politischen Gemeinde Gerthe belegenen Grundstück Flur 2 Parzellen Nr. 922/105 und 345/110 der Katastergemeinde Hiltrop beantragt.

Gemäß § 16 des Gesetzes vom 25. August 1876/10. August 1904 bringe ich diesen Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß dagegen von den Eigentümern, Nutzungs- und Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 11 Tagen bei dem von dem Verbandsausschuß des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk beauftragten Amtmann zu Gerthe Einspruch erhoben werden kann.

Gerthe, den 14. März 1921.

Der Gemeindevorsteher: Nette.

Von bedeutender Firma werden zum baldigen Eintritt einige

jüngere Kaufleute, sowie zwei Damen,

die Schreibmaschine u. Stenographie unbedingt flott beherrschen, gesucht. Auf gute Bildung wird Wert gelegt, da es sich um Vertrauensposten handelt. — Angebote unt. Nr. 1971 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Für die Markscheiderei

einer großen Zeche in der Nähe von Dortmund werden

zwei jüngere Zeichner

möglichst bald gesucht. Verlangt werden gute Leistungen im Zeichnen und Schreiben, erwünscht: Kurzschrift. Angebote mit Zeugnisabschriften, Lebenslauf und kleiner Probekarte erbeten unter E. F. 91 an Ala-Haasenstein & Vogler, Essen.

Miets-Gesuche

Haus

mögl. mit etwas Gartenland, in od. unmittelbar bei Bochum, zu kauf. g. f. Ang. erb. unter A. B. 85 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Wer weist nach hier zum 1. April versetztem Beamten

4-5-Zimmerwohnung

nach oder tauscht gleich große in Weißenfels a. S.? Angebote unt. Nr. 1890 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Stellengesuche

Nationalgesinnter, jg. Mann, 18 Jahre alt, Einj. eines human. Gymn., 1 J. auf Zeche praktisch tätig gewesen, mit guter Handschrift, sucht

Vertrauensstellung

auf Büro oder Privat. Erteilt auch Nachhilfestunden in sämtl. Fächern. Angebote unt. Nr. 1970 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Offene Stellen

Für die hiesige Amtskasse wird ein

Kassengehülfe

gesucht. Derselbe muß mit allen bei einer Amts- und Gemeindekasse vorkommenden Arbeiten vollkommen vertraut sein u. eine gute Handschrift besitzen.

Die Besoldung richtet sich nach der hier bestehenden Besoldungsordnung und beträgt z. B. für einen Gehilfen im Alter von 21—22 Jahren jährlich 14076.— Mk.

Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind bis zum 5. April 1921 dem Unterzeichneten einzureichen.

Der Amtmann:
Roeding.

Branchekundige

Verkäufer

zum baldigen Eintritt gesucht.

Richard Gedicks
Herren-Konfektions-Haus
Essen.

Leistungsfähige Wein- und Spirituosen-Großhandlung sucht bei hoher Provision guteingeführten

Vertreter

der evtl. ein Lager übernehmen kann. Ausführliche Offerten mit Bild unter Nr. 1882 an die Expedition d. Ztg. erb.

Städtisches

Arbeitsamt

Bochum, Iranigasse Nr. 7, Eingang E. Scharpenseel-Brauerei.

Die männliche Abteilung

Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 118, sucht:

Autogenschweißer, Preßluftwerkzeugarbeiter, Fräser, Schneider, Stanzer, Maler u. Anstreicher, Walzer und Lochwärmer, Lampenanzünder, Ackerknechte, Zimmerleute.

Abteilung für Lehrlinge:

Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 144 sucht:

Kaufmann, Büro, Schmiede, Former, Klempner, Maurer, Zimmerer, Maler und Anstreicher, Lackierer, Buchdrucker, Sattler u. Polsterer, Bandagist, Landwirtschaft, Friseure, Gärtner, Küfer.

Die weibliche Abteilung:

Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 119, sucht:

Haus-, Zweit- und Küchenmädchen, ½-, ¾- und Tagesmädchen, Stützen, Kindermädchen, jüngere und ältere Mädchen für Haus- u. Landwirtschaft, Anstaltsköchinnen, Kochenmädchen für Krankenhaus, 1 perfekte Stenotypistin, Verkäuferinnen für Kolonialwaren nach auswärts, perf. Schneide- geb. Ifa, perf. Zuschneiderin, 14-jähr. Mädchen für leichte Botengänge.

Tüchtiger und zuverlässiger

Feinmechaniker

zur Reparatur elektr. Zähler, Meßinstrumenten usw. für dauernde Beschäftigung auf sofort gesucht. Näheres zu erfahren in der Exp. d. Ztg.

Hilfskraft

für Büro gesucht. Maschinenschreiben u. Stenographie Bedingung. Anerbieten u. C. 3542 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Zum 1. April od. später ein nicht zu junges

Mädchen

in Küche u. Hausarb. erf., zu alt. Ehepaar gesucht. Morgenmädchen vorh. Bochum, Wittenerstr. 49.

Für kleinen Haushalt ein sauberes

Morgenmädchen

möglichst sofort gesucht. Frau Neumann, Weitmar, Hattingerstr. 83

Erfahrene Stütze

zur Vertretung der Hausfrau und ordent. Mädchen für Hausarbeit und Wäsche gesucht. Friedrichstr. 66.

Branchekundige

Verkäuferin

gesucht. L. Rauchholz, Hut-, Pelz- und Schirmgeschäft, Wilhelmsplatz 1.

Prop. Morgenmädchen sofort gesucht. Alleestr. 140, 1. Etg. l.

Aelteres evang.

Mädchen

für kleinen herrschaftl. Haushalt sofort gesucht. Angebote unt. Nr. 1916 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Aelteres, zuverläss., kinderliebes

Mädchen

für kleinen Privathaush. nach Barmen ges. Gute Zeugnisse Bedingung. Hoher Lohn zugesichert. Zu erfragen bei Frau Hans de Jong, Bochum, Bülowstr. 19 II

für sauberes, ehrlich. es, 17jähr.

Mädchen

sucht Stellung für Hausarbeit bei christl. Herrschaft. Off. erb. a. d. Vormund L. v. d. Gönna, Herten. Fernruf Amt Recklinghausen 390.

Wenn Sie

Vertreter suchen

oder

Vertretungen

übernehmen wollen, dann lesen Sie die allwöchentlich erscheinende Zeitschrift

Deutsch. Vertreter.

Jede Nummer enthält weit über 300 Vertreter-Angebote. Neueste Ausgabe 2 Mark. Bezugspreis für 3 Mon. 15 Mk. Verlag Deutsche Vertreter, Naunhof-Leipzig.

Verkäufe

Gesunde Futter-Kartoffeln

hat billig abzugeben

A. Barenberg
Lager: Kreuzstr. 11

Wringmaschine (Friedensware) zu verkaufen. Elisabethstr. 35, 3. Et.

Pianos,

gebraucht, wie neu aufgearbeitet, preisw. abzug. Auf Wunsch Zahlungserleichterung. Pianohaus J. Marks, Kaiser-Wilhelmstr.

Gut erh. Tornister für Mädchen z. kauf. ges. Maltheserstr. 50, 1. Etage rechts.

Schuhmacher-Maschin. werd. sachgemäß repariert Mengeiken, Wellenbr. 13

Ganz neu!
Herren-Anzug 350 Mk. mittl. Fig.
leicht. Paletot kurz. Fig. 250 Mk.
zu verkaufen.
Hauptstr. 13, 1. Etg. r.

Runkelrüben

sind wieder eingetroffen.

A. Barenberg
Bochum, Kreuzstr. 11.

Ein Buch

der Städt. Leihbibliothek verloren.

Abzug. Bödestr. 5